

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis: 1.50 Mark monatlich...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 10. November 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Bethmann für internationale Schiedsgerichte.
Keine Annexion Belgiens.

Anfang und Ende.

Mit gespannter Aufmerksamkeit lauschte der Hauptauschuss des Reichstages gestern den Worten des Reichskanzlers...

Am 30. Juli 1914 nachmittags. Der Potsdamer Platz in Berlin schwarz von Menschen. Durch die Massen geht ein Getuschel und Gerann: „Die Mobilmachung ist angeordnet.“

Die Nachricht war falsch! Schutzleute rennen durch die Straßen, um das schicksalshwere Blatt zu konfiszieren.

So fing es an! Wann wird es enden? Wenn alle Völker Europas so denken werden, wie das deutsche Volk heute schon in seiner großen Masse denkt.

So denken heute von hundert Deutschen neunundneunzig, und wenn die anderen Völker erst ebenso denken werden, dann wird der Friede kommen.

Was die deutsche Regierung will, ist jetzt ziemlich klar. Was französisch ist, soll französisch, was belgisch ist, soll belgisch, was deutsch ist, soll deutsch bleiben.

„Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege,“ heißt es im sozialdemokratischen Parteiprogramm von 1891.

Aber, wenn die Regierungen in der Absicht einig sind, künftige Kriege durch Verständigung und Schiedsgerichte zu vermeiden, warum gilt diese Absicht nicht schon für diesen Krieg?

Wir haben kein Tribunal zu scheuen! Ich kann weiter feststellen, daß die neue Lesart ausschließlich von Lord Grey aufgebracht wird.

schlossen werden, die ihre Ebenbürtigkeit und ihre Unüberwindlichkeit gegenseitig anerkennen.

Noch glaubt man jenseits der Schützengräben nicht an die Unüberwindlichkeit Deutschlands. Und diejenigen haben sehr unrecht, die diese Quelle endloser Kriegsverlängerung gesellschaftlich übersehen.

Dennoch darf man hoffen, daß die Rede des Reichskanzlers dazu beitragen wird, die Wolke des feindlichen Mißtrauens zu zerstreuen und die Völker im Westen klarer blicken zu lassen.

Was werden die Sozialisten Frankreichs dazu sagen? Ihr Volk blutet, wie das unsere, aus tausend Wunden — und noch soll kein Ende sein!

Wie einem neutralen Friedensvermittler auch jetzt noch die Türe gewiesen werden? Wird Lloyd George weiter Reden halten, wie sie kein deutscher Staatsmann halten konnte, ohne trotz Zensur und Belagerungszustand vom Unwillen des Volks weggesetzt zu werden?

Von drüben wird man uns zurufen: „Aber Polen!“ Polens Schicksal wird auf der Friedenskonferenz der Zukunft endgültig geregelt werden wie hundert andere Fragen auch.

In der Rede des Reichskanzlers hört man die Schwingen der Zukunft rauschen, die uns das Ende dieser Schreden bringt. Wir denken alle nur noch an diesen Tag! Den Tag, an dem die Glocken läuten werden — fremde Menschen werden einander auf der Straße umarmen, Gatten werden ihre Frauen, Väter ihre groß gewordenen Kinder nach langer, bitterer Trennung wieder in die Arme schließen.

Bethmanns Antwort auf Greys Rede.

Berlin, 9. November. (W. Z. M.) In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages ergriff der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg das Wort zu nachstehenden Ausführungen:

Meine Herren! Der Gang der Reichstagsverhandlungen hat es mir nicht ermöglicht, noch im Plenum das Wort zu Ausführungen allgemeiner politischer Art zu ergreifen.

Meine Herren! Der Kern der eingehenden Besprechungen, welche hier im Hauptauschuss in allen vergangenen Wochen geführt worden sind, ist schließlich immer die Frage nach dem Fortgang und der Beendigung des Krieges gewesen.

beigemessen haben, bin ich genötigt, den Tatbestand wieder einmal festzustellen und die Nebel zu zerstreuen, mit denen unsere Gegner den Sachverhalt zu verschleiern suchen.

Der Akt, der den Krieg unvermeidlich machte, war die russische Generalmobilmachung.

die in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli 1914 angeordnet wurde. Rußland, England, Frankreich — die ganze Welt wußte, daß dieser Schritt ein längeres Zuwarten unmöglich machen mußte.

Kein Wunder, wenn Lord Grey bei seiner neuen Rede an der russischen Mobilmachung nicht vorbeigehen konnte. Er sah sich gezwungen, von der russischen Mobilmachung zu sprechen.

Lord Grey hat ausgeführt: Rußland hat erst mobil gemacht, nachdem in Deutschland ein Bericht erschienen war, daß Deutschland die Mobilmachung beschlossen habe.

Es hat 2 1/2 Jahre gedauert, bis Lord Grey auf diese eben so neue wie objektiv falsche Lesart der Kriegsurkunde gekommen ist.

Extrablatt des „Berliner Lokal-Anzeigers“.

Die Herren erinnern sich vielleicht, daß am Donnerstag, den 30. Juli 1914, in den frühen Nachmittagsstunden der „Lokal-Anzeiger“ in Form eines Extrablattes die Falschmeldung ausging, daß Seine Majestät der Kaiser die Mobilmachung beschlossen habe.

Ich kann weiter feststellen, daß der russische Vorkämpfer zwar sofort nach Ausgabe des Extrablattes eine chiffrierte Meldung nach Petersburg telegraphiert hatte, die nach dem russischen Orangebuch lautete.

Das sofortige Eingreifen des Staatssekretärs von Jagow zur Nichtaufstellung der falschen Meldung — ein Eingreifen, das in dem offiziellen russischen Orangebuch in dem Telegramm des Vorkämpfers Sjerobajew bestätigt wird.

Wir haben kein Tribunal zu scheuen! Ich kann weiter feststellen, daß die neue Lesart ausschließlich von Lord Grey aufgebracht wird.

Ich kann weiter feststellen, daß die neue Lesart ausschließlich von Lord Grey aufgebracht wird. Die russische Regierung selbst, die doch am besten über die Gründe ihrer Mobilmachung unterrichtet sein mußte, ist niemals auf den Gedanken gekommen, sich für ihren verhängnisvollen Schritt auf das Extrablatt des „Lokal-Anzeigers“ zu berufen.

Freitag, den 31. Juli, 2 Uhr nachmittags, als die Mobilmachungsorder an die sämtlichen russischen Streitkräfte bereits ergangen war, an Seine Majestät den Kaiser auf dessen letzten Friedensdoppel telegraphiert: „Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Oesterreich-Ungarns Mobilisierung notwendig geworden sind.“ — Kein Wort vom „Lokal-Anzeiger“, kein Wort von einer deutschen Mobilisierung!

Nur beiläufig erinnere ich daran, daß auch der Hinweis des Grafen auf die angebliche Mobilisierung Oesterreich-Ungarns keinen Grund für die russische allgemeine Mobilisierung abgeben konnte. Oesterreich-Ungarn hatte zu der Stunde, als die allgemeine Mobilisierung in Rußland angeordnet wurde, lediglich acht Armeekorps angefaßt des Konflikts mit Serbien auf Kriegsfuß gesetzt und Rußland hatte diese Maßnahme bereits am 29. Juli mit der Mobilisierung von 13 Armeekorps beantwortet. Seit dem 29. Juli waren von österreichisch-ungarischer Seite keine weiteren militärischen Maßnahmen ergriffen worden, die Rußland irgend eine Veranlassung zu der Kriegserklärung gleichkommenden allgemeinen Mobilisierung hätten Veranlassung geben können. Erst nachdem die allgemeine Mobilisierung in Rußland erfolgt war, ist Oesterreich-Ungarn — am Vormittag des 31. Juli — auch seinerseits zur allgemeinen Mobilisierung übergegangen.

Wir unfererseits haben selbst dann noch Langmut und Geduld geübt bis zur äußersten Grenze der Mäßigkeit auf unsere eigene Existenz und der Verpflichtung gegenüber unserem Bundesgenossen. Wir hätten ja schon am 29. Juli, als Rußland gegen Oesterreich mobilisierte, auch unfererseits mobilisieren können. Der Wortlaut unseres Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn war bekannt. Niemand hätte unsere Mobilisation als eine aggressive bezeichnen können. Wir haben es nicht getan. Aber auch auf die Nachricht von der russischen allgemeinen Mobilisierung haben wir zunächst nur mit der Verkündung des Zustandes der drohenden Kriegsgefahr geantwortet, die noch nicht Mobilisierung bedeutet. Wir haben das der russischen Regierung mitgeteilt und hinzugefügt, daß die Mobilisierung folgen müsse, falls nicht Rußland binnen zwölf Stunden jede Kriegsmäßnahme gegen uns und Oesterreich-Ungarn einstelle und uns hierüber bestimmte Erklärung abgebe. Wir haben damit Rußland, selbst als das Schicksal des Krieges durch seine Schuld bereits unabwendbar schien, noch einmal eine Frist gegeben, sich zu bestimmen und im letzten Augenblick den Weltkrieg noch zu retten. Wir haben auch Rußlands Verbündeten und Freunde durch diesen Aufschub im letzten Augenblick noch einmal die weitestgehende Möglichkeit gegeben, auf Rußland zugunsten des Friedens einzuwirken. Es war umsonst.

Rußland ließ uns ohne Antwort.

England beharrte gegenüber Rußland in Schweigen. Frankreich leugnete durch den Mund seines Ministerpräsidenten gegenüber unserem Vorkämpfer noch am Abend des 31. Juli die Tatsache der russischen Mobilisierung einfach ab und versagte seine eigene Mobilisierung einige Stunden früher, als wir unfererseits zur Mobilisierung schritten.

Was übrigens den angeblich denselben Charakter der russischen Gesamtmobilisierung betrifft, so will ich hier ausdrücklich feststellen, daß bei Ausbruch des Krieges 1914 noch eine im Jahre 1912 erlassene allgemeine Anweisung der russischen Regierung für den Mobilisationsfall in Kraft war, die wörtlich folgende Stelle enthält:

„Überhaupt ist befohlen, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich die Verkündung des Krieges gegen Deutschland ist.“

Gegen Deutschland, m. S. 1912 gegen Deutschland!

Es ist unersichtlich, wie angesichts dieses atemberaubenden Tatbestandes Lord Grey der Welt und seinem eigenen Lande mit der Beweiskraft von dem Manöver kommen kann, mit dem wir dem friedfertigen Russen die Mobilisierung gegen seinen Willen durch plumpen Täuschung über unsere eigenen Maßnahmen entlockt hätten! Rein, m. S., die Wahrheit ist: Nie und nimmer hätte Rußland den Entschluß zu dem verhängnisvollen Schritt gefaßt, wenn es nicht von der Thematik her durch Handlungen und Unterlassungen zu diesem Schritt ermutigt worden wäre.

Ich erinnere an die Sachlage zu der Stunde, als Rußland den Befehl der allgemeinen Mobilisierung erteilte.

Bekannt ist die Instruktion, die ich am 30. Juli an unseren Vorkämpfer nach Wien gegeben habe. In dieser Instruktion habe ich der österreichisch-ungarischen Regierung eine unmittelbare Verständigung mit Rußland dringend nahegelegt und ausdrücklich ausgesprochen, daß Deutschland nicht wünsche, durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineingezogen zu werden. Lord Grey weicht auch genau, daß ich einen von ihm unserem Vorkämpfer am 29. Juli gemachten Vermittlungsvorschlag, der mir als eine geeignete Grundlage für die Erhaltung des Friedens schien, mit der entscheidendsten Befürwortung nach Wien weitergegeben habe.

Ich habe damals nach Wien telegraphiert:

„Falls die österreichisch-ungarische Regierung jede Vermittlung ablehnt, stehen wir vor einer Konfignation, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien allen Anzeichen nach nicht mit uns gehen würden, so daß wir mit Oesterreich-Ungarn drei Großmächten gegenüberstünden. Deutschland würde infolge der Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zufallen.“

Das politische Prestige Oesterreich-Ungarns, die Waffenherrlichkeit seiner Armeen sowie seine berechtigten Ansprüche gegen Serbien könnten durch die Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Wir müssen daher dem Wiener Kabinett dringend und nachdrücklich zur Erwägung geben, die Vermittlung zu den angebotenen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Oesterreich-Ungarn und uns eine ungemein schwere.

Die österreichisch-ungarische Regierung entsprach unseren eindringlichen Vorstellungen, indem sie ihrem Vorkämpfer in Berlin folgende Weisung gab:

„Ich ersuche Eure Exzellenz, dem Staatssekretär von Jagow für die uns durch Herrn v. Tschirsky gemachten Mitteilungen verbindlich zu danken und ihm zu erklären, daß wir trotz der Veränderung, die in der Situation seither durch die Mobilisierung Rußlands eingetreten sei, gern bereit seien, dem Vorschlag Sir Edward Greys, zwischen uns und Serbien zu vermitteln, näherzutreten. Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch natürlich, daß unsere militärische Aktion gegen Serbien einstweilen ihren Fortgang nehme und daß das englische Kabinett die russische Regierung bewege, die gegen uns gerichtete russische Mobilisierung zum Stillstand zu bringen, in welchem Falle selbstverständlich auch wir die uns durch dieselbe ausgezwungenen defensiven militärischen Gegenmaßnahmen in Galizien sofort wieder rückgängig machen würden.“

Dem stelle ich folgende Schritte Lord Greys gegenüber: Am 27. Juli 1914 gab er auf die Bemerkung des russischen Vorkämpfers in London, in deutschen und österreichisch-ungarischen Kreisen bestünde der Eindruck, daß England ruhig bleiben werde, die Antwort: „Dieser Eindruck wird durch die Befehle beseitigt, die wir der ersten Flotte gegeben haben.“ Am 29. Juli gab Grey von seiner sertraulichen Warnung an unseren Vorkämpfer in London, daß Deutschland auf rasche Entschlüsse Englands, d. h. seine Teilnahme am Kriege gegen uns gesetzt sein müsse, sofort dem französischen Vorkämpfer Kenntnis.

Konnte Lord Grey annehmen, daß eine solche Eröffnung an den französischen Vorkämpfer dem Frieden dienen würde? Würde der Franzose diese Eröffnung nicht als Zulage der Waffenhilfe für den Kriegsfall ansehen? Würde Frankreich dadurch nicht ermutigt werden, Rußland die seit Tagen dringend verlangte

Zulage der unbedingten Kriegsgefolgschaft

zu geben? Und mußte Rußland nicht durch die Sicherheit der englischen und französischen Bundesgenossenschaft in seiner Kriegsabsicht aufs äußerste bekräftigt werden?

Die russische Antwort auf das Morgengespräch des Lord Grey ließ in der Tat nicht auf sich warten. Am Abend desselben Tages, des 29. Juli, beauftragte Herr Sazonow den russischen Vorkämpfer in Paris, der französischen Regierung die aufdringliche Dankbarkeit für die ihm von dem französischen Vorkämpfer gemachte Erklärung auszusprechen, daß Rußland voll und ganz auf die Unterstützung des verbündeten Frankreich rechnen könne.

Also Rußland stand in der Nacht vom 30. zum 31. Juli vor der Tatsache der durch unsere Einwirkung herbeigeführten Rückgabe der Oesterreich-Ungarns, die den Weg zur Erhaltung des Friedens freimachte; es stand gleichzeitig vor der durch die Eröffnung Lord Greys an Herrn Cambon gewährleisteten Sicherheit der englischen und französischen Waffenhilfe, eine Sicherheit, die ihm überhaupt erst die Möglichkeit des Krieges gab. Es wählte die Mobilisierung und damit den Krieg.

Wer ist nun schuld an dieser schicksalsschweren Entscheidung?

Wir, die wir dem Wiener Kabinett mit Nachdruck die äußerste Rücksichtigkeit und die Annahme eines englischen Vermittlungsvorschlags empfohlen? Oder das britische Kabinett, das Frankreich und Rußland in der kritischen Stunde seine Waffenhilfe in Aussicht stellte?

Lord Grey hat von diesen entscheidenden Dingen nicht gesprochen, dafür aber die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer auf Nebenreden abgelenkt. Das Haager Schiedsgericht, das der Zar anbot, klingt ja äußerlich sehr bedeutungsvoll. Aber es wurde angeboten, als bereits die russischen Truppen gegen uns in Bewegung gesetzt waren. Seinen eigenen Konferenzvorschlag — ich habe das wiederholt im Reichstag ausgeführt, hatte Lord Grey selbst zugunsten unserer Vermittlung zurückgestellt. Und Belgien? Ehe auch nur ein einziger deutscher Soldat seinen Fuß auf belgisches Boden gesetzt hatte, hat Lord Grey dem französischen Vorkämpfer nach dessen Bericht an seine Regierung wörtlich erklärt:

„Falls die deutsche Flotte in den Kanal einfahren oder die Nordsee passieren sollte in der Absicht, die französische Küste oder die französische Kriegsflotte anzugreifen und die französische Handelsflotte zu beunruhigen — zu demütigen, meine Herren! — würde die britische Flotte eingreifen, um der französischen Marine ihren Schutz zu gewähren, in der Art, daß ich von diesem Augenblick an England und Deutschland sich im Kriegszustand befinden würden.“

Kann derjenige, der das Auslaufen unserer Flotte als casus belli erklärte, wirklich noch im Ernst behaupten, einzig und allein die Verletzung der belgischen Neutralität habe England gegen seinen Willen in den Krieg getrieben?

Und schließlich die Behauptung, wir hätten, um England vom Kriege fernzuhalten, der britischen Regierung das unwürdige Angebot gemacht, sie möge zur Verletzung der belgischen Neutralität die Augen zudrücken und uns freie Hand lassen, die französischen Kolonien wegzunehmen! Ich fordere Lord Grey auf, in seinem Glaubensbuch und in seinen Älten den Sachverhalt nachzuprüfen. Ich habe in dem ersten Bestreben, den Krieg zu lokalisieren, dem britischen Vorkämpfer in Berlin schon am 29. Juli zugesichert, daß wir unter Voraussetzung der Neutralität Englands die territoriale Integrität Frankreichs gewährleisten. Am 1. August hat der Fürst Lichnowsky den Lord Grey gefragt, ob im Falle einer Verpflichtung Deutschlands, die Neutralität Belgiens zu achten, England sich seinerseits zur Neutralität verpflichten könne; er stellte ferner in Aussicht, daß im Falle der englischen Neutralität die Integrität nicht nur des französischen Mutterlandes, sondern auch der französischen Kolonien garantiert werden könne. Er gab in meinem Auftrag die Zusicherung, daß wir bereit seien, auf einen Angriff auf Frankreich zu verzichten, falls England die Neutralität Frankreichs verbürgen wolle. In letzter Stunde noch machte ich die Zulage, daß, so lange England sich neutral verhalte, unsere Flotte die französische Nordküste nicht angreifen und — unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit — seine feindlichen Operationen gegen die französischen Handelsschiffe vornehmen werde.

Lord Grey hatte auf all dies nur die Antwort: er müsse endlich jedes Neutralitätsversprechen ablehnen und er könne nur sagen, daß England sich die Hände freizubehalten wünsche. Hätte England diese Neutralitätserklärung abgegeben, so wäre es nicht, wie Lord Grey meint, der Betrachtung der ganzen Welt preisgegeben worden, sondern es hätte sich damit das Verdienst erworben, den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

Auch hier frage ich: Wer hat den Krieg gewollt? Wir, die wir England jede erdenkliche Sicherheit nicht nur für unmittelbare englische Interessen, sondern auch für Frankreich und Belgien zu geben bereit waren, oder England, das jeden unserer Vorschläge ablehnte und sich weigerte, seinerseits irgend einen Weg zur Erhaltung des Friedens zwischen unseren beiden Ländern auch nur anzudeuten?

Meine Herren! Ich wiederhole. Alle diese Dinge sind von der Deutschen Regierung teils in meinen Reden, teils in amtlichen Publikationen so oft dargestellt worden, daß es mir, nachdem der Krieg nun über zwei Jahre währt, im Grunde widerstrebt, diese retrospektiven Betrachtungen zu erneuern. Aber es handelt sich nicht um Politik. Wir alle haben das größte Interesse daran, den immer wieder künstlich genährten Glauben, als sei Deutschland der Angreifer gewesen, so gründlich als möglich zu zerstören. Und trifft vollends Lord Greys Ansicht zu, daß die Erkenntnis über die wahren Ursachen des Krieges für seine Beendigung und für die Friedensbedingungen von großer Bedeutung ist, so weisen meine Worte doch auch auf die Zukunft hin.

Lord Grey hat sich endlich ausführlich mit der Zeit nach dem Frieden, mit der

Gründung eines internationalen Bundes zur Bewahrung des Friedens

beschäftigt. Auch dazu will ich einige Worte sagen. Wir haben niemals ein Hehl aus unseren Zweifeln gemacht, ob der Frieden durch internationale Organisationen, wie Schiedsgerichte, dauerhaft gesichert werden könne. Die theoretischen Seiten des Problems will ich hier nicht erörtern. Aber praktisch werden wir jetzt und im Frieden zu der Frage Stellung nehmen müssen. Wenn bei und nach der Beendigung des Krieges seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen, die, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe verhüten. Dieser Schrei wird so stark und so berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß. Deutschland wird jeden Versuch, eine praktische Lösung zu finden, eifrig mitprüfen und an seiner möglichen Verwirklichung mitarbeiten. Das um so mehr, wenn der Krieg, wie wir zurechtzusehen erwarten, politische Zustände herbeibringt, die der freien Entwicklung aller Nationen, kleinen wie großen, gerecht werden. Dabei wird das Prinzip des Rechts und der

freien Entwicklung nicht bloß auf dem Festland, sondern auch auf dem Meere zur Geltung zu bringen sein. Davon hat Lord Grey allerdings nicht gesprochen.

Die internationale Friedensbürgschaft, die ihm vorschwebt, scheint mir überhaupt einen eigenartigen, auf die speziellen englischen Wünsche zugeschnittenen Charakter zu haben. Während des Krieges haben nach seinem Willen die Neutralen zu schweigen und jeden Zwang der englischen Weltbeherrschung auf dem Meere geduldig hinzunehmen.

Nach dem Kriege, wenn England, wie es meint, uns aufs Haupt geschlagen und über die Welt nach seinem Willen neu disponiert haben wird, dann sollen sich die Neutralen zu Garant der neuen englischen Weltordnung zusammenschließen. Zu dieser Weltordnung wird auch folgendes gehören: Aus zuverlässiger Quelle wissen wir, daß England und Frankreich bereits im Jahre 1915 Rußland die territoriale Herrschaft über Konstantinopel, den Bosporus und das Westufer der Dardanellen mit Hinterland zugesichert und Kleinasien unter den Ententemächten aufgeteilt haben. Die englische Regierung ist Anfragen, die ihr hierüber im Parlament gestellt worden sind, ausgewichen. Aber diese Pläne der Entente sind doch wahrscheinlich auch für den Völkerfriedensbund, der sie später garantieren soll, von Interesse.

So sehen die Annegionsabsichten unserer Gegner aus, wozu auch noch Elsaß-Lothringen kommt, während ich bei der Besprechung unserer Kriegsziele die Annexion Belgiens niemals als unsere Absicht bezeichnet habe.

Eine solche Gewaltpolitik kann nicht die Grundlage zu einem wirksamen internationalen Friedensbunde abgeben. Eine solche Gewaltpolitik steht in trassem Widerspruch mit dem von Lord Grey und Herrn Asquith angestrebten Idealzustand, in dem das Recht über die Macht herrscht, und alle Staaten, die die Familie der zivilisierten Menschheit bilden, ob groß oder klein, sich unter gleichen Bedingungen und in Uebereinstimmung mit ihren natürlichen Anlagen frei entwickeln können.

Will sich die Entente ernstlich auf diesen Boden stellen, dann sollte sie auch konsequent danach handeln. Auf sie das nicht, dann bleiben auch die erhabensten Worte über Friedensbund und einträchtiges Zusammenleben der Völkerfamilie Schall und Rauch.

Die erste Vorbedingung für eine Entwicklung der internationalen Beziehungen auf dem Wege des Schiedsgerichts und des friedlichen Ausgleichs entgegenstehender Gegensätze wäre, daß sich

keine aggressiven Koalitionen mehr

bilden. Deutschland ist jederzeit bereit, einem Völkerbunde beizutreten, ja, sich an die Spitze eines Völkerbundes zu stellen, der Friedensstörer im Zaume hält. Die Geschichte der internationalen Beziehungen vor dem Kriege liegt klar vor den Augen aller Welt. Was führte Frankreich an Rußlands Seite? Elsaß-Lothringen. Was wollte Rußland? Konstantinopel? Warum schloß sich England ihnen an? Weil ihm Deutschland in friedlicher Arbeit zu groß geworden war. Und was wollten wir? Grey sagt, Deutschland habe mit seinem ersten Angebot der Integrität Belgiens und Frankreichs die Erlaubnis Englands erlausen wollen, von den französischen Kolonien zu nehmen, was ihm beliebe. Selbst dem hinverbranntesten Deutschen ist nicht der Gedanke gekommen, über Frankreich herzufallen, um ihm seine Kolonien zu nehmen. Nicht das war das Verhängnis Europas, sondern, daß die englische Regierung französische und russische Eroberungsziele begünstigte, die ohne einen europäischen Krieg nicht zu erreichen waren. Diesem aggressiven Charakter der Entente gegenüber hat sich der Dreißbündnis in Defensivstellung befunden. Kein ehrlicher Beurteiler kann das leugnen. Nicht im Schatten des preussischen Militarismus hat die Welt vor dem Kriege gelebt, sondern im Schatten der Einkreisungspolitik, die Deutschland niederhalten sollte.

Gegen diese Politik, mag sie diplomatisch als Einkreisung, militärisch als Vernichtungskrieg, wirtschaftlich als Weltboykott in die Erscheinung treten, haben wir von Anfang an in der Verteidigung gestanden. Das deutsche Volk führt diesen Krieg als Verteidigungskrieg, zur Sicherung seines nationalen Daseins und seiner freien Fortentwicklung. Niemals ist etwas anderes von uns behauptet, etwas anderes gewollt worden. Die Liebe sich auch sonst diese Entfaltung von Riesenkräften, dieser unerschöpfliche, zum letzten entschlossenen Opfermut erklären, der unerhört in aller Menschengeschichte ist? An der Garinädigkeit des feindlichen Kriegswillens, um das Aufgebot militärischer und materieller Hilfskräfte aus aller Welt dienstbar gemacht wird, hat sich unsere Widerstandskraft zu immer härterer Entschlossenheit gestählt. Was England noch an Kräften einsetzen mag — auch Englands Machtgebote hat seine Grenzen — es ist bestimmt, an unserem Lebenswillen zu scheitern. Dieser Wille ist unbezwingbar und unverwundlich. Wann unseren Feinden die Erkenntnis davon kommen wird, das warten wir in der Zurechtweisung ab, daß sie kommen muß.

(Bericht über den weiteren Verlauf der Sitzung siehe erste Beilage, dritte Seite!)

Die griechischen Wirren.

Eisenbahnerstreik in Attika.

London, 8. November. (W. T. O.) Dem „Daily Telegraph“ wird aus Athen vom 7. November gemeldet: Zu dem Schiffsfahrtsstreik ist heute der Zustand des Personals der Eisenbahner in Attika getreten und es wird vielleicht ein allgemeiner Eisenbahnerstreik folgen. Da ganz Griechenland für seine tägliche Lebensmittelförderung von den Vorräten im Voraus abhängt, würde ein längerer Streik Hungersnot zur Folge haben.

Hughes oder Wilson?

Berlin, 9. November. (W. Z. V.) Nach einem bei der Londoner Vertretung von Associated Press gestern abend 9 Uhr eingelaufenen Telegramm wurden bisher für Wilson gezählt 248 und für Hughes 243 Elektoralstimmen, 40 bleiben zweifelhaft. Die Wahlschüsse beider Parteien beanspruchten für ihren Kandidaten den Sieg. Wilson habe in den mittelländischen Staaten an Boden gewonnen.

London, 8. November. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau meldet nach New Yorker Zeitungen, der Hauptvorsitzende (National Chairman) der demokratischen Partei habe an die demokratischen Parteivorsitzenden in allen Staaten und Kreisen telegraphiert: Wilson ist wiedergewählt. Sie müssen sich persönlich darum kümmern, daß die Wahlen überwacht werden, denn unsere Gegner rufen.

Amsterdam, 9. November. (W. Z. V.) Nach einer Depesche des Reuterschen Bureaus aus New York von gestern ist infolge der verspäteten Ankunft der Abstimmungszahlen aus dem fernem Westen und des dadurch verursachten fortwährenden Schwankens eine Lage entstanden, die beispiellos dasteht. Die Mehrheit, die Hughes in den östlichen Staaten erhalten hat, scheint durch die steigende Stimmenzahl für Wilson in den Weststaaten ausgeglichen zu werden. Das Ergebnis der Wahl ist noch unsicher. Die Führer des Nationalen Komitees beider Parteien nehmen den Sieg für ihre Kandidaten in Anspruch. Die Morgenblätter verkündeten alle, daß Hughes gesiegt habe; auch die Blätter der Gegenpartei. Aber schon später ausgegebene Extramorgenausgaben ließen es möglich erscheinen, daß Wilson gewählt sei. Die Stimmenverhältnisse weisen so geringe Unterschiede auf, daß in den Weststaaten wahrscheinlich ein erbitterter Streit über die Gültigkeit der Zählungen entstehen dürfte. Einige Zählungen werden vielleicht wiederholt werden müssen, wodurch der Ausgang der Wahl verzögert werde.

Eine spätere Neutermeldung aus New York besagt: In dem Maße, wie die Wahlergebnisse einlaufen, schäpfen die Anhänger Wilsons mehr Mut, da Wilson wahrscheinlich in den Staaten Kansas, Idaho, Washington, Wyoming und Neu-Mexiko gesiegt hat. Die Republikaner behaupten, in allen übrigen Staaten, wo die Wahlergebnisse noch zweifelhaft sind, gewonnen zu haben. Wenn das richtig ist, würde Hughes mit einer kleinen Mehrheit gewählt werden. Wilson ist aber in Minnesota noch immer mit einer kleinen Mehrheit voraus und ohne Minnesota sind die Aussichten für Hughes unsicher. Die Demokraten in New Hampshire wollen eine neuerliche Stimmenzählung vornehmen, und diese wird vermutlich noch in vielen anderen Staaten notwendig sein.

Das bisherige Wahlergebnis.

London, 9. November. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. „Times“ erfährt aus New York, daß, soweit bekannt ist, die folgenden Staaten bestimmt Hughes zugesprochen werden können: Connecticut, Delaware, Illinois, Indiana, Iowa, Maine, Massachusetts, Michigan, New Hampshire, New Jersey, New York, Pennsylvania, Rhode Island, South Dakota, Vermont, West-Virginia und Wisconsin, so daß Hughes im Wahlkollegium insgesamt 242 Stimmen haben wird.

Für Wilson: Alabama, Arizona, Arkansas, Colorado, Florida, Georgia, Idaho, Kansas, Kentucky, Louisiana, Maryland, Mississippi, Missouri, Montana, Nebraska, Nevada, North Carolina, Ohio, Oklahoma, South Carolina, Tennessee, Texas, Utah, Virginia, Washington und Wyoming, was eine Gesamtzahl von 251 Stimmen im Wahlkollegium bedeutet.

Unbekannt sind die Ergebnisse in California, Minnesota, New Mexiko, North Dakota und Oregon, die über zusammen 38 Stimmen verfügen.

Unglaubliche Verwirrung.

Amsterdam, 9. November. (T. U.) Aus New York wird über London berichtet: Obwohl das Resultat der Präsidentschaftswahl in Amerika so ungewöhnlich günstig für Hughes ist, so daß bereits große Kaufaufträge von den amerikanischen Kommissionärsbüroen abgeschlossen wurden, wird seine Wahl heute bezweifelt, da Reuters seine Meldung allein auf das Wahlergebnis in New York gründete, wo Hughes die meisten Stimmen erhielt und weil dieser Staat, wie man glaubt, den Ausschlag geben werde. Es hängt alles von den westlichen Staaten ab, wo Wilson viel mehr Stimmen erhalten hat, als man annahm. Im Fall eines zweifelhaften Resultats wird das Weiße Haus in Washington sich natürlich zugunsten Wilsons entscheiden.

Weiter werden folgende Einzelheiten gemeldet: Infolge der verzögerten Ankunft der Abstimmungsergebnisse aus dem äußersten Westen und der dadurch entstandenen fortwährenden Veränderung im Wahlergebnis ist ein Zustand entstanden, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat. Die Mehrheit, welche Hughes in den östlichen Staaten erhalten hat, wird durch das steigende Stimmennmaterial aus dem Westen für Wilson aufgehoben. Die Leiter der Wahlkomitees beider Parteien behaupten, daß ihre Kandidaten gewählt seien. Die Morgenblätter melden allgemein den Sieg von Hughes. Selbst die oppositionellen Blätter veröffentlichten Leitartikel, in denen sie die Wahl von Hughes abwerten und besprechen. Als die Leute aber gestern morgen aufwachten, ließen die ausgegebenen Extrablätter dieses Resultat bereits bezweifeln, und die ersten Nachmittagstelegramme rechneten bereits mit der Möglichkeit der Wiederwahl Wilsons. Zwischen der Stimmenzahl der beiden Kandidaten ist ein so geringer Unterschied, daß viele westliche Staaten bereits die Gültigkeit des Wahlergebnisses in Zweifel ziehen. Viele Stimmen werden vielleicht von neuem gezählt werden müssen, wodurch die Verkündung des offiziellen Wahlergebnisses sehr in die Länge gezogen werden würde. Wahrscheinlich erhält Wilson die Stimmen der folgenden Staaten: Kansas, Idaho, Washington und New Mexiko. Die Republikaner machen Anspruch auf alle übrigen Staaten, wo das Resultat zweifelhaft ist. Es kommen hierfür in Betracht: Kalifornien, Oregon und New Hampshire. Wenn ihre Prophezeiungen sich erfüllen sollten, so würde Hughes mit einem kleinen Vorsprung gewinnen können.

Wilson hat jedoch noch die Führung in Minnesota, aber mit einer geringeren Mehrheit, als bisher angenommen wurde. Ohne Minnesota sind die Aussichten für Hughes sehr unsicher. Das Resultat von Kalifornien ist ebenfalls sehr zweifelhaft. Beide Parteien behaupten, dort gesiegt zu haben. Die Führer der Demokraten in New Hampshire haben angekündigt, daß sie eine neue Zählung beantragen werden. Vermutlich wird eine neue Zählung auch in verbleibenden anderen Staaten sich als notwendig erweisen.

Der allgemeine Vorsitzende der demokratischen Partei in New York hat jedem Wahlvorstandenden gedroht: „Wilson ist gewählt! Sorgt persönlich dafür, daß die Wahlen überwacht werden. Unsere Gegner sind in der Verzweiflung zu allem fähig.“

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 9. November 1916. (W. Z. V.):

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Angriffsabsichten der Engländer und Franzosen zwischen Le Sars und Bonchavesnes sowie südlich der Somme bei Pressoire erpikten fast durchweg schon im Sperrfeuer.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Front beiderseits der Bahn Buczow—Tarnopol lebte der Feuerkampf wesentlich auf.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im nördlichen Egergo-Gebirge wurden russische Angriffe abgeschlagen. Bei Belbor und im Tölghe-Abchnitt warfen frische deutsche Angriffe die vorgegangenen Russen zurück.

Südöstlich des Roten-Turm-Passes wurde in Fortsetzung unseres Angriffs der Baiepi-Abchnitt überschritten und Sardois mit den beiderseits anschließenden Höhenstellungen genommen. Wir haben etwa 150 Gefangene gemacht und 2 Geschütze erbeutet. Humanitäre Gegenangriffe hatten hier ebensowenig Erfolg wie im Predel-Abchnitt und im Vulkan-Gebirge.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der nördlichen Dobrudscha wichen vorgeschobene Aufklärungsabteilungen beschlagnahm dem Kampfe mit feindlicher Infanterie aus.

Mazedonische Front.

Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 9. November 1916. (W. Z. V.) Amlich wird verkündet:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Südlich und südöstlich des Saurbul-Passes blieben rumänische Angriffe abermals erfolglos. Bei Spini machten wir weitere Fortschritte. 150 Gefangene und 2 Geschütze wurden eingebracht. Westlich von Tölghe und bei Belbor wurden die hier vorgegangenen Russen durch deutsche Truppen wieder gewonnen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Außer lebhafter Feuerstätigkeit an der Front beiderseits der Bahn Buczow—Tarnopol keine Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der Bojsa stellenweise mäßiges Artilleriefeuer. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 8. November. (W. Z. V.) Bericht des Generalstabes vom 8. November.

Mazedonische Front. Südlich vom Malis-See haben wir abgeessene feindliche Kavallerie, die vorzudringen versuchte, zurückgeworfen. Westlich vom Prepa-See und im Cerna-Vogen Geschütze, wie gewöhnlich. An der Moglena-Front Geschütze und Minenkampf; ein feindlicher Angriff in der Nacht zum 8. November wurde durch Feuer abgewiesen, und beim Rückzug verlor der Feind einen seiner Gräben. Zu beiden Seiten des Wardar einzelne Kanonenschüsse. An der Front der Belasica Planina und an der Struma unwirksames feindliches Geschütze auf bewohnte Ortschaften vor unserer Stellung und Gefechte zwischen Erkundungs- und Nachtabteilungen. An der Küste des Megärischen Meeres Ruhe.

Rumänische Front: Längs der Donau nur an einzelnen Abschnitten Geschütze und Gewehrfeuer. In der Dobrudscha keine Gefechte mit feindlichen Aufklärungsabteilungen, die gegen unsere Stellungen vorzugehen versuchten. Am Gestade des Schwarzen Meeres Ruhe.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 8. November. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht des Generalstabes vom 8. November. Kaukasusfront: Für uns günstige Scharmügel. Die Verbindung einer Aufklärungspatrouille, die aus Armeniern bestand und die sich unserer Stellung zu nähern versuchte, wurde abgeschnitten und ihre Mannschaft vernichtet, mit Ausnahme von vier Mann, die zu Gefangenen gemacht wurden.

Kein wichtiges Ereignis auf den anderen Fronten. Der Bisgeneralfeldmarschall.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 8. November nachmittags. (W. Z. V.) Südlich der Somme verlief die Nacht verhältnismäßig ruhig. Die Deutschen beschränkten sich darauf, die neuen französischen Stellungen im Abschnitt der Juderfabrik von Ablaincourt zu beschließen. An der übrigen Front zeitweise unterbrochenes Geschütze. Flugwesen: Zwei deutsche Flugzeuge wurden im Luftkampf nordöstlich von Pont-a-Mousson abgeschossen. Das eine fiel bei Bievillers-Dage nieder, das andere in der Richtung von Blerzy-sur-Treux. In der Nacht vom 6. auf den 7. November warfen acht französische Bombenwerfer-Flugzeuge 1200 Kilogramm Geschosse auf den Flugplatz Fredeat und 1200 Kilogramm auf den Militärbahnhof von Chemby; die Ziele wurden getroffen.

Orientarmee: Im Cernobogen griffen die Bulgaren dreimal die feindlichen Stellungen an. Von heftigem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zurückgeworfen, zogen sie sich in ihre Ausgangsgräben zurück und ließen zahlreiche Leichen auf dem Gelände. Auf der übrigen Front Artilleriekämpfe ohne Infanterieunter-

nehmungen. Französische Flugzeuge beschossen feindliche Lager in der Gegend nördlich von Ronalitr.

Vom 8. November abends. Nördlich von der Somme zerstreute unsere Artillerie feindliche Ansammlungen östlich von Saitisel. Südlich von der Somme beschloß der Feind unsere gestern eroberten Stellungen heftig. Unsere Batterien bekämpften die feindliche Artillerie wirkungsvoll und nahmen auf dem Marsche feindliche Truppen östlich und nordöstlich von Chaulnes unter Feuer. Die Zahl der getöteten von uns gemachten Gefangenen erhöht sich zurzeit auf 650, darunter 11 Offiziere. Auf dem rechten Maasulter Artilleriekampf, besonders lebhaft in den Gegenden von Damloup und Douaumont.

Belgischer Bericht. Außer ziemlich lebhaftem Bombenkampf in der Gegend von Boesinghe ist nichts Besonderes von der belgischen Front zu melden.

Die englische Meldung.

Vom 8. November nachmittags. (W. Z. V.) Während der Nacht wurde unsere Front westlich von Beaumont—Hamel, wo der Feind ohne Erfolg einen Ueberfall auf unsere Laufgräben versuchte, heftig beschossen. Sonst nichts zu melden. Das Wetter ist anhaltend stürmisch.

Vom 8. November abends. Die feindliche Artillerie war heute auf der ganzen Front südlich der Ancre tätig. Von den anderen Stellen ist nichts zu melden. Das Wetter ist andauernd stürmisch.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 8. November. (W. Z. V.) An der Front im Trentino Feuer der feindlichen Artillerie auf Vajubio und an der Quelle des Sonoibaches. Im Traviogolote wurde die Oberbatteriestellung auf den Hängen der Cima di Vecche, die durch das Feuer des Gegners schon vollkommen zerstört war, geräumt, um die Befestigung unnützen Verlusten zu entziehen. Auf dem Karst war die feindliche Artillerie besonders gegen unsere Linien im Gebiet des Monte Foti und in der Richtung von Vozzo Malo (Sud Log) tätig. Sie wurde wirksam bekämpft. Das Einammeln der ungeheuren, von dem stehenden Feinde auf dem Schlachtfelde im Stich gelassenen Beute dauert an. Gestern fand man in einem Unterstande eine Batterie von vier Gebirgsgeschützen und ein 87-Millimeter-Geschütz. Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf die bekannten Ortschaften am unteren Isonzo. Es gab zwei Tote und einige Verwundete. Eines unserer Wasserflugzeuge warf Bomben auf feindliche Werke am Kap Salvore, am Eingang der Bucht von Pirano. Cadorna.

Rumänischer Bericht.

Vom 8. November. (W. Z. V.) Nord- und Nordwestfront. An der Westfront der Moldau nichts Neues. Im Buzulea, bei Tablabaui, Bratocea und Predelus Artillerietätigkeit. Im Grabovatale heftige Beschichtung; wir wiesen einen feindlichen Infanterieangriff ab. An der übrigen Front ist die Lage unverändert.

Südfront. Längs der Donau Artillerie- und Gewehrfeuer. In der Dobrudscha drangen wir nach Süden vor. Feindliche Wasserflugzeuge griffen Sulina an. Ein Flugzeug wurde abgeschossen und erbeutet. Flieger und Beobachter wurden gefangen genommen.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 8. November. (W. Z. V.) „Lloyd“ meldet, daß die Schlepper „Cadmell“, „Corfaicaste“ und „Apho“ und der Frachtdampfer „Seatonica“ versenkt worden sind. Die Besatzungen der Schlepper und 15 Mann von der „Seatonica“ wurden von dem dänischen Schlepper „Bragi“ aufgenommen; die übrigen 15 Mann der „Seatonica“ sind vermutlich von einem englischen Kriegsschiff aufgenommen worden.

London, 8. November. (W. Z. V.) „Lloyd“ meldet: Der norwegische Dampfer „Furnland“ ist gestern nachmittag versenkt worden. Die Besatzung ist glücklich gelandet.

London, 9. November. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die „Lloyd“ meldet, ist der norwegische Dampfer „Reme“ (913 Dr.-R.-Z.) versenkt worden.

Zur norwegischen Antwortnote.

Kristiania, 9. November. (W. Z. V.) Norwegisches Telegramm-Bureau. Ueber den Inhalt der norwegischen Antwortnote an Deutschland ist noch nichts bekannt geworden. Die Zeitung „Verdens Gang“ schreibt, selbstredend habe das Verhältnis zwischen Deutschland und Norwegen im verflochtenen Zeitraum, während die Verhandlungen stattfanden, keine Veränderung erfahren. Erst mit der Ueberreichung der norwegischen Antwort sei der Augenblick gekommen, der eine Veränderung in der einen oder anderen Richtung bewirken könne. Das Blatt hofft, man werde die Entwicklung der Ereignisse in Ruhe abwarten.

Letzte Nachrichten.

Die unentschiedene Präsidentschaftswahl.

New-York, 9. November. (W. Z. V.) Neutermeldung, 4 Uhr früh, 24 Stunden, nachdem die amerikanischen Blätter aller Parteien die Wahl Hughes für sicher gehalten hatten, ist die Lage noch immer unentschieden. Auf beiden Seiten herrschte große Aufregung. Beide Parteien beanspruchten den Sieg. „Associated Press“ berechnete gestern die wahrscheinliche Stärke im Wahlkollegium; sie gab Wilson 232, Hughes 230 Stimmen, während 60 Stimmen von acht Staaten zweifelhaft seien.

England beschlagnahmt dänische Post.

Kopenhagen, 9. November. (W. Z. V.) Die dänische Generalpostdirektion teilt mit: Vom dänischen Amerikadampfer „Hellig Olav“, auf der Reise von Kopenhagen nach New York, ist bei der Durchsicherung in Kirkwall die gesamte Brief- und Paketpost beschlagnahmt worden.

Dringender Ruf nach Eröffnung der österreichischen Parlamente.

Wien, 9. November. (W. Z. V.) Die Blätter melden: Mittwoch erschienen die Präsidenten der beiden Häuser des Reichsrates beim Ministerpräsidenten, um ihn den von allen Parteien des Abgeordnetenhauses und Herrenhauses ausgeprochenen Wunsch betreffend Räumung der Militärkrankenanstalt im Reichsratsgebäude zu übermitteln. Der Ministerpräsident bezeugte die Räumung des Parlamentshospitals als durchführbar. Diese rein administrative Maßregel sei jedoch in keiner Weise als politische Angelegenheit zu betrachten. In einer besonderen Besprechung übermittelte Präsident Selvester dem Ministerpräsidenten die Ergebnisse der letzten Beratung der Obmänner der Parteien des Reichsrates über die Frage der Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich. Der Ministerpräsident nahm die Darlegungen zur Kenntnis und sagte in seiner Antwort, daß der Einberufung des Reichsrates eingehende, sorgfältige Verhandlungen der Regierung mit den Parteien vorausgehen müßten. Die neue Regierung sei erst kurze Zeit im Amte und werde in erster Reihe durch Ernährungsfragen in Anspruch genommen. Er hoffe jedoch, in absehbarer Zeit, auch in dieser Frage mit den Parteien in Fühlung treten zu können.

Gewerkschaftliches.

Aufhebung der Freizügigkeit im Bergbau?

Aus dem rheinisch-westfälischen Bergwerksgebiet gingen der „Bergarbeiter-Ztg.“ in den ersten Novembertagen von Bergarbeitern zahlreiche Meldungen zu, wonach es scheint, als ob die ohnehin durch den einseitigen Zwangsarbeitsnachweis des Zechenverbandes sehr beschränkte Freizügigkeit der Bergarbeiter gänzlich aufgehoben werden solle.

Auf direkte Anfrage bei dem stellvertretenden Generalkommando des 7. Armeekorps in Münster ist der „Bergarbeiter-Ztg.“ auf das Bestimmteste erklärt worden, daß dortseits keine neue Verordnung oder Anweisung betr. den Arbeiterwechsel auf den Zechen ergangen sei! Nach wie vor verbleibe es bei der Anordnung, die bereits seit mehr als Jahresfrist in Kraft sei und die sich nur auf die militärpflichtigen Arbeiter beziehe. Diese haben, wenn sie die Arbeitsstelle wechseln, dies bei dem zuständigen Bezirkskommando zu melden. Es wird der „Bergarbeiter-Ztg.“ aber von zwei Zechen im Bezirk Heddinghausen mitgeteilt, dort seien den militärpflichtigen Arbeitern vom Bezirkskommando Stellungsbescheide zugestellt worden mit dem Vermerk, wenn sie die Arbeitsstelle wechselten, trete der Stellungsbescheid in Kraft, auch sei schon der Truppenteil angegeben. Das wäre also eine neue militärische Anordnung, die eine bedeutende Einschränkung der Arbeiterfreizügigkeit zur Folge haben würde.

Vom Generalkommando aber ist der „Bergarbeiter-Ztg.“ am 2. November bestimmt mitgeteilt worden, eine neue militärische Anordnung betr. den Arbeiterwechsel sei überhaupt nicht erfolgt! Handelt es sich etwa um eine Sonderverfügung eines Bezirkskommandos?

Die „Bergarbeiter-Ztg.“ fügt ihren Mitteilungen hinzu: „Sollte die Freizügigkeit der Arbeiter, wie die Betriebsverwaltungen längst wollen, noch weiter als durch den Zwangsarbeitsnachweis beschränkt werden, dann würde sich der Lohn- und Arbeitsrecht bald in der härtesten Form bemerkbar machen. Die Vorstände der vier Bergarbeiterverbände haben ihre Befürchtungen der Militärbehörde mitgeteilt.“

Bereits haben Zechenbeamte den ihnen unterstellten Arbeitern erklärt, der Lohn würde nicht weiter steigen, sondern heruntergehen! Wie verträgt sich das mit den Mitteilungen der Zechenpresse, wonach die Löhne weiter steigen?“ (z)

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung in der Herrenmannschneiderei. In dem unter dieser Ueberschrift in der Mittwochnummer veröffentlichten Bericht hat sich insofern ein Irrtum eingeschlichen, als darin gesagt ist, daß die Arbeiter der ersten und zweiten Tarifklasse nicht unter die erweiterte Bezugsscheinpflicht fallen. Richtig ist, daß die Bezugsscheinpflicht nach der neuen Verordnung zwar für alle Schneiderarbeiten gilt, daß aber für die höheren Preislagen (erste und zweite Tarifklasse) wesentliche Erleichterungen in der Erlangung von Bezugsscheinen vorgegeben sind, so daß angenommen werden kann, die Herstellung feinerer und teurerer Maßarbeiten wird auch trotz der erweiterten Bezugsscheinpflicht keine nennenswerte Einschränkung erfahren.

Deutsches Reich.

Die Vertragsverhandlungen im Holzgewerbe.

Die Verhandlungen über die Verlängerung der Tarifverträge im Holzgewerbe, die am Dienstag im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Caspar begannen, nahmen zunächst einen wenig erfreulichen Verlauf. Der Städtekongress des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus zusammentrat, mußte berichtet werden, daß mit der Wahrscheinlichkeit des Scheiterns der Verhandlungen gerechnet werde. Für diesen Fall wurden die an den einzelnen Orten zu treffenden Maßnahmen besprochen und die Konferenz alsdann geschlossen.

Am Mittwoch wurden die Verhandlungen im Reichsamt des Innern fortgesetzt und bis in die späten Nachmittagsstunden weitergeführt. Ein endgültiges Resultat wurde noch nicht erzielt, doch berechtigt die seitherigen Ergebnisse zu der Hoffnung, daß eine Verständigung erreicht wird. In wichtigen Punkten sind die Parteien einig. Offen ist in der Hauptsache nur noch die Bemessung der Teuerungszulagen für die weiblichen Arbeiter, worüber die Verhandlungen unter Teilnahme von Vertretern der Fabrikanten aus einigen der am meisten in Betracht kommenden Orte am heutigen Freitag fortgesetzt werden.

Eine Konferenz des Verbandsrats im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Die Konferenz tagte am 2. und 3. November in Hamburg. Neben dem Bericht über den Stand des Verbandes beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer aus Mitgliederkreisen, der Beschäftigung der Frauen auf Bauten, der Erwerbslosenunterstützung für kriegsbeschädigte Mitglieder und mit der Frage der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsvermittlung.

Ueber den Stand des Verbandes konnte der Vorsitzende Waplow berichten, daß die Mitgliederzahl, die im Jahre 1914 vor Ausbruch des Krieges 310 444 betragen hat, am Schlusse des ersten Halbjahres 1916 auf 81 008 zurückgegangen ist. Neben der Zahl der zum Heere einberufenen und denen, die durch natürlichen Abgang (Tod, Ausscheiden aus dem Beruf usw.) als Verlust zu buchen waren, hatte der Verband im Jahre 1914 44 Proz., und im Jahre 1915 20,05 Proz. Abtrünnige zu verzeichnen. Das Verhältnis ist im Gegensatz zu den übrigen Gewerkschaften als sehr ungünstig zu bezeichnen, denn während im Juli 1914 auf den Bauarbeiterverband 12,5 Proz. aller in den Zentralverbänden organisierten Mitglieder entfielen, bildeten es am 31. Dezember 1915 nur noch 8,8 Proz. Günstiger als angenommen werden könnte, liegen die Kostenverhältnisse. Das gesamte Verbandsvermögen, das im Jahre 1914 sich auf 17 573 258 M. belaufen hat, ist während des Krieges nur um 711 500 M. geringer geworden, trotz der hohen Aufwendungen für Unterstützungsarbeiten, die während der Kriegsdauer gemacht worden sind. Nach einer Statistik der Generalkommission über die Jahreseinnahme der Verbände im Jahre 1915 betrug der Gesamtdurchschnitt auf den Kopf des Mitgliedes 36,2 M.; im Bauarbeiterverbände dagegen 45,10 M. Die Jahresausgabe in der gleichen Zeit betrug im ersten Falle 30,5 M.; im Bauarbeiterverband dagegen 52 M. Für Unterstützungsarbeiten war der Gesamtdurchschnitt bei den Gewerkschaften 15,80 M.; im Bauarbeiterverband wiederum 33,50 M. Mit diesen Summen für Unterstützungsarbeiten steht der Bauarbeiterverband fast an erster Stelle unter den Verbänden. An Familienunterstützung zahlte der Verband bis zum Juni 1916 auf den Kopf des Mitgliedes 44,40 M., die anderen Verbände dagegen durchschnittlich 16,70 M.

Dennoch scheint gerade die Familienunterstützung diejenige Wirkung nicht ausgeübt zu haben, die man von ihr erhofft hatte. Bisher sind rund 4 1/2 Millionen Mark dafür ausgegeben worden. Und die vielfach laut gewordenen Klagen über die Teilnahmlosigkeit der aus dem Heere bereits zurückgekehrten oder vorläufig be-

urlaubten Miltzler am Verbandsleben haben die Beschäftigten zur weiteren Unterstützung erheblich herabgemindert. Dennoch wurde beschlossen, die Unterstützung zu Weihnachten noch einmal in derselben Höhe wie früher nach den gleichen Grundätzen zur Auszahlung zu bringen. Schließlich wird der Verband sein Augenmerk auch darauf zu richten haben, daß er allen finanziellen Anforderungen gewachsen ist, die an ihn nach dem Krieg herantreten.

Ueber die Beschäftigung der Frauen auf Bauten hat der Verbandsvorstand eine Aufnahme veranstaltet, bei der sich herausgestellt hat, daß zurzeit rund 9000 Frauen im Baugewerbe, meistens jedoch im Tiefbau beschäftigt werden. In Rücksicht darauf, daß der gegenwärtige Zustand auch nur als eine Erscheinung des Krieges angesprochen werden kann, und daß darauf gedrungen werden muß, daß mit Beendigung des Krieges auch die Gewerbeordnung in vollem Umfange wieder in Kraft tritt, beschloß die Konferenz, in logischer Folge der Beschlüsse der früheren Bauarbeiterkongresse, von einer Organisierung der Frauen abzusehen, doch den im Baugewerbe beschäftigten Frauen jede moralische Hilfe zu leisten, die ihnen die Organisation bei der Entwertung auf die Erhöhung der Löhne und bei der Durchführung des nötigen Bauarbeiterkampfes geben kann.

Zur Erwerbslosenunterstützung für kriegsbeschädigte Mitglieder beschloß die Konferenz, daß alle nicht voll erwerbsunfähigen kriegsbeschädigten im Falle der Arbeitslosigkeit vom Verbandsverbande unterstützt werden sollen, sofern sie sich spätestens vier Wochen nach ihrer Entlassung aus dem Heere beim Verband anmelden und ihre sonstigen Pflichten erfüllt haben.

Zur „Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung“ führte der Leiter des Zentralarbeitsnachweises im Baugewerbe Silberstein in Berlin aus, daß die Zahl der angeforderten Arbeiter bei weitem nicht beschafft werden konnte. In einzelnen Monaten konnten nur 48,76 Proz. von je 100 benötigten Arbeitern vermittelt werden. In der Vermittlung bestiehe überhaupt noch eine grobe Zersplitterung, und die gegenwärtige Zeit laufe den Mangel an ordentlich ausgebildeten und gut geleiteten paritätischen Arbeitsnachweisen schwer empfinden. Die Errichtung solcher Nachweise durch Behörden und Gemeinden sei eine Forderung, die mit Nachdruck vertreten werden muß. Der bestehende Mangel an Arbeitern hat dazu geführt, daß man verschiedentlich mit dem Plan umgeht, die private Bautätigkeit zu unterbinden. Es wurde hierbei zum Ausdruck gebracht, daß man nicht nur an die Arbeiter das Ansehen stellen möge, Opfer auf sich zu nehmen dadurch, daß sie sich von ihrem Wohnort entfernen, um die nötigen Arbeiten außerhalb fertigstellen zu helfen. Das, was man von den Arbeitern fordere, könne man ebenso gut von den Unternehmern verlangen, deren Arbeiten stillgelegt werden oder die seit Kriegsausbruch keine Bauten mehr ausgeführt haben. Auch könnte man zur Vermehrung der Arbeitskräfte die Volkshochschulen schließen und die Schüler, die alle in vorgeschrittener Lehrzeit sich befinden, auf den Bauten mit verwenden. Diese jungen Leute dürften die Unannehmlichkeiten, die der Aufenthalt in der Fremde mit sich bringt, leichter überwinden, als Arbeiter, die bereits das 30. Lebensjahr überschritten haben.

Den Schluß der Konferenz bildete eine Aussprache über in Aussicht zu nehmende Änderungen des Statuts und der Verbands-einrichtungen nach dem Kriege.

Die Lohnbewegung der Tabakarbeiter im Gau Herford (Westfalen, Niedersachland, Lippe, Waldeck) hat bis auf einzelne Firmen die 20prozentige Teuerungszulage, der von den Unternehmerverbänden zugestimmt wurde, überall herbeigeführt. — Die umfassende Lohnbewegung blieb nicht ohne Einfluß auf die Stärkung der Organisation. So sind bis jetzt durch eifrige Agitation in 37 Ortsgruppen 448 Mitglieder für den Tabakarbeiterverband gewonnen worden. Wenn die übrigen Ortsgruppen nur in gleicher Weise arbeiten, dürfte der Verband noch mehrere hundert Mitglieder gewinnen.

Ausland.

Zur internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern.

Die „Gewerkschaftliche Rundschau“ des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht den vom Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genossen Legien in Berlin, unterm 4. Oktober 1916 an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund in der Angelegenheit der am 11. Dezember 1916 in Bern stattfindenden internationalen Gewerkschaftskonferenz gerichteten Brief, wonach auf deren Konferenz drei Punkte genommen werden sollen: Entscheidungen über

1. den Fortbestand des Internationalen Gewerkschaftsbundes;
2. die Herausgabe der Internationalen Gewerkschaftsreportagen;
3. sonstige Anträge.

Der Brief, dessen wesentlicher Teil schon früher auch in der Partei- und Gewerkschaftspresse veröffentlicht wurde, schildert die separatistischen Bestrebungen der Gewerkschaften der Entente-Länder und die sonstigen Schwierigkeiten, die der Krieg auch für die gewerkschaftliche Internationale geschaffen hat, und er kommt zum Schlusse, daß sie überwunden und die Unannehmlichkeiten ertragen werden müssen, die mit der Delegation zur Konferenz verbunden sind. „Deshalb hoffen wir, daß alle Landeszentralen, die der internationalen Trennung der Gewerkschaften vorbeugen wollen, Vertreter zur Konferenz entsenden werden.“

Im Anschluß an den Brief wird festgestellt, daß man im Augenblick noch nicht weiß, ob die Landeszentralen ihre Ansicht der Beschickung der Konferenz schon offiziell bekanntgegeben haben. England, Frankreich und Belgien werden nach den Äußerungen ihrer sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse die Konferenz nicht beistimmen. In der „Humanität“ veröffentlicht darüber der Sekretär des belgischen Metallarbeiterverbandes Caspar einen Artikel, in dem er andeutet, daß die Frage der Beschickung einer solchen Konferenz auf der Konferenz in Leeds besprochen worden sei, um dann im Hinblick auf die Kriegsergebnisse in Belgien usw., gegen die Legien nicht protestiert habe, zum Schlusse zu kommen, daß die Gewerkschaften der Entente-Länder der Einladung nach Bern keine Folge geben werden. Schließlich fragt er, ob die neutralen Gewerkschaften die Konferenz beistimmen werden, um zu antworten, daß die Belgier dies auf keinen Fall tun werden.

Der Verfasser des Artikels der „Gewerksch. Rundschau“, Genosse Heymann, Sekretär der Uhrarbeiter der französischen Schweiz, findet bei allem Verständnis und aller Sympathie für die Wünsche der belgischen Arbeiter usw., daß sich die Neutralen angesichts des unermesslichen Schadens für die Arbeiterklasse, wenn sie nach Kriegsschlusse getrennt ist, bis ans Ende für das Schicksal des internationalen Gewerkschaftsbundes interessieren müssen. Und zum Schlusse führt Heymann aus, daß der Internationale Gewerkschaftsbund noch nicht das war und ist, was er sein sollte und daß die internationale Gewerkschaftsbewegung auch heute noch trotz alledem fortbesteht in Gestalt der internationalen Berufsverbindungen. Er verweist auch auf die von Legien in seinem letzten Berichte über die internationale Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1913/14 und 1914/15 erklärte Ankündigung, den Landeszentralen einen Reorganisationsplan vorzulegen.

Heymann meint daher, es sei das Beste, die Ereignisse abzuwarten, die ja in einigen Wochen vorliegen werden.

Bergarbeiterstreik in Australien.

Der Bergarbeiterstreik in Australien breitet sich nun auch auf New-Südwaales aus. Wahrscheinlich wird die Regierung vermittelnd aufzutreten. Eine Verhandlung, welche am Donnerstag in Sidney stattfand, führte zu keinem Ergebnis.

Aus Industrie und Handel.

Eine Papierfabrik für die westschweizerische Presse geplant.

Wie der „Basler Anzeiger“ vom 28. Oktober nach dem „Schweizerischen Press-Telegraph“ vornimmt, besteht in den Kreisen der westschweizerischen Zeitungsverleger der Plan, eine eigene Papierfabrik für diesen Landesteil zu gründen, angelehnt an die mahlösen Ausbeutung der durch den Krieg geschaffenen Notlage auf dem schweizerischen Papiermarkt seitens des Papeterings. Die westlichen Zeitungsverleger wollen sich durch eine solche Maßnahme für alle Zukunft von der unerträglichen Bedrückung durch den schweizerischen Papetering befreien. Nächster Tage findet die erste Versammlung in dieser Angelegenheit statt.

Die Kapitalerhöhung der russischen A. G. O.

Das Aktienkapital der Russischen Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, das jetzt 12 Millionen Rubel beträgt und in 48 000 Aktien zu 250 Rubel eingeteilt ist, soll laut „Torgowo-Promyshlennaja Gazeta“ vom 22. Oktober durch Ausgabe von 120 000 neuen Aktien mit 100 Rubel Nennwert verdoppelt, das ist, auf 24 Millionen Rubel gebracht werden. Gleichzeitig werden je zwei alte Aktien zu 250 Rubel in 5 neue zu 100 Rubel umgetauscht.

Beschränkung der argentinischen Getreideausfuhr.

In amtlichen Kreisen Argentiniens spricht man, wie von Buenos Aires gemeldet wird, wegen der unglücklichen Aussichten der nächsten Ernte in gewissen Gegenden des Landes von Maßnahmen zur Einschränkung der Getreideausfuhr.

Soziales.

Kriegstötung der Betriebskrankenkassen.

Zur Festlegung der Richtlinien für die durch den Krieg erwachsenen Aufgaben der allgemeinen Fürsorge hielt der mehr als 3000 Krankenkassen umfassende Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen (Sig Essen) unter Leitung des Direktors der Kruppwerke Justizrat Wandel in Essen am Dienstag eine Versammlung ab. Die Beschlüsse gingen dahin:

Die Forderung auf Schaffung einer besonderen Mutterkassenversicherung soll nicht unterstützt werden. Eine ausgedehnte Wochenhilfe und eine weitgehende Säuglingsfürsorge lassen sich unschwer im Rahmen der bisherigen Krankenversicherung durchführen, wie dies auch die zeitige Kriegswochenhilfe beweist. Änderungen in der äußeren Verfassung der Krankenversicherung sind zu dem Zwecke nicht erforderlich. Im Sinne der Bevölkerungs-politik sollen zunächst das Krankengeld und das Hausgeld bei Anstaltspflege nach der Zahl der Kinder abgestuft werden. Die Maßnahmen der Krankenkassen sind mehr als bisher für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Den in der Entleerung begriffenen Beratungsstellen für Geisteskranken ist für das Volksganze besondere Bedeutung beizumessen und sind deshalb von den Krankenkassen nachdrücklich zu fördern. Großes werden die Krankenkassen leisten müssen in der Fürsorge für die kriegsbeschädigten und kranken Kriegsteilnehmer, so daß mit Recht die Forderung auf eine gewisse Anteilnahme des Reiches an dieser erheblichen Belastung der Kassen zu erheben wäre.

Ein Streit um den Zwischenmeistergewinn.

Im feinen Anteil am tariflichen Unternehmergewinn bei Militärschneiderarbeiten führte der Zwischenmeister H. mit seinem Auftraggeber W. einen so erbitterten Streit, daß die Staatsanwaltschaft eine eingehende Untersuchung einleitete, deren Ergebnisse ein fast handbundes Aktenstück füllten. Gelegentlich eines Prozesses, den H. gegen W. vor dem Gewerbegericht führte, wurde der wesentliche Inhalt des erwähnten Aktenstückes vorgetragen. Danach hatte H. beim Velleidungsamt in Spanbau angegeben, sein Auftraggeber W., der ihm seinen Lohn mit erheblicher Verspätung zahle, habe gesagt, er könne nicht pünktlich zahlen, weil er selbst keine Forderungen beim Velleidungsamt verpaidet erhalte und daß man die Beamten des Velleidungsamtes vom Major bis zum letzten Schreiber ipso die Legien müsse zu erhalten. Wegen dieser angeblichen Behauptung des W. ist eine umfangreiche Untersuchung eingeleitet worden, die nach dem Inhalt der Akten die völlige Grundlosigkeit derselben ergeben hat. Dann hat die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Verleumdung von Beamten des Velleidungsamtes gegen W. eingeleitet. Die gegen W. erhobene Anschuldigung konnte nicht nur nicht erwiesen werden, sondern die Staatsanwaltschaft hält es nach Lage der Umstände für sehr unwahrscheinlich, daß W. die Behauptung bezüglich der Beamten des Velleidungsamtes aufgestellt habe. Vor allem fehlt nach den Feststellungen der Staatsanwaltschaft der Grund — vergrößerte Lohnzahlung an H. — welcher ihn zu der fraglichen Äußerung veranlaßt haben soll. Durch einen gerichtlichen Sachverständigen hat die Staatsanwaltschaft aus den Geschäftsbüchern des W. festgestellt, daß H. seinen Lohn pünktlich bekommen habe. Daß letzteres zutrifft, bestätigte H. selbst vor dem Gewerbegericht. Er forderte aber außer dem erhaltenen Arbeitslohn noch den Anteil am Unternehmergewinn, auf den er als Zwischenmeister nach dem Tarif Anspruch habe.

Das Gewerbegericht (Kammer I) wies die Klage ab, weil die Forderung des Klägers vor dem Inkrafttreten des durch Verordnung des Oberkommandos eingeführten Zwangstarifs entstanden ist, also zu einer Zeit, wo nach der Rechtsprechung der Kammer I der Tarif nicht bindend war, wenn die Parteien — was im vorliegenden Falle geschehen ist — andere Vereinbarungen getroffen haben. (2)

Gerichtszeitung.

Kraft ohne Fleisch.

„Krafto-Fleis“ ist der Phantasiename eines Fleisch-ersatzes, den der Kaufmann Willi Probst, der gestern wegen Vergehens gegen eine Verordnung des Bundesrats vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stand, in den Verkehr gebracht und durch große Reklamen angepriesen hatte.

Es wurde als ein Pflanzenfleisch-Präparat vertrieben und in den Anpreisungen gesagt: „Samed, wie Fleisch“, steht zubereitet aus wie Fleisch, hat hohen Nährwert, verwendbar zur Zubereitung von Koteletts und Beefsteaks usw. In dieser Bezeichnung und Anpreisung wurde eine Täuschung des Publikums erblickt. Der Sachverständige Prof. Dr. Juckenauf begutachtete auch, daß diese Bezeichnung auf den Paketen, die auch noch das Bild eines Ochsentopfes tragen, die Vermutung nahelege, daß mit der Wahl des Wortes „Krafto-Fleis“ eine Abkürzung für „Kraft-Ochsen-Fleisch“ gemeint sein sollte, und deshalb zweifellos zur Täuschung geeignet sei. Es handelte sich hier um ein Gemisch aus Erbsenmehl, Weizenmehl, Stärke, Gewürz und etwas Pilzen und es könne gar keine Rede davon sein, daß ein solches Gemisch als „Fleisch-Ersatz“ gelten könne oder mit Koteletts und Beefsteaks etwas zu tun habe. Gerade weil in diesem Kriege mit den sog. „Ersatzmitteln“ soviel Mißbrauch getrieben worden, habe sich der Bundesrat veranlaßt gesehen, die bekannte Verordnung gegen solche zur Täuschung geeigneten Bezeichnungen zu erlassen, um solche, die dem Markt geradezu überhimmelt, fernzuhalten. Der Staatsanwalt beantragte 300 Mark Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis. Das Schöffengericht hielt es für ausgeschlossen, daß jemand durch die Bezeichnung „Fleischersatz“ in Verbindung mit den übrigen Angaben getäuscht werden könne und erkannte auf Freisprechung.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Ein wenig kühler. Wind aus Nordwest mit geringen Nebenschichten. Im Südosten vorwiegend trübe und stellenweise starke Regenfälle.

Eine notwendige Folge der Heße gegen den „Vorwärts“.

In Groß-Berlin werden die Parteigenossen seit Beginn des Monats dazu zu bestimmen versucht, daß sie den „Vorwärts“ zwar halten, aber die Bezahlung des Abonnements solange verweigern sollen, bis der „Vorwärts“ wieder aufgehört hat seine Aufgabe als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu erfüllen.

Diese Propaganda gegen den „Vorwärts“ läuft im Grunde genommen auf eine Verleitung zu betrügerischen Handlungen hinaus. In der richtigen Annahme, daß mit der unehrlichen Parole: „Halte den „Vorwärts“, bezahle ihn aber nicht“, unter gestützten Menschen keine Erfolge zu erzielen sind, gehen die Hintermänner der gegen den „Vorwärts“ gerichteten Heße vom verkappten zum unmittelbaren Boykott über, indem sie Propaganda für das Abonnement der „Leipziger Volkszeitung“ machten. (In den Kreisen der äußersten Linken der Opposition wird diese allerdings auch noch nicht als genügender „Vorwärts“-Ersatz angesehen, und deshalb für den „Braunschweiger Volksfreund“ Propaganda gemacht.)

Wenn dieser sinnlose Boykott auch nicht den beabsichtigten Zweck erreicht hat, so läuft er doch auf eine Schädigung des „Vorwärts“-Verlags und des einzigen Arbeiterblattes in Berlin hinaus. Unter denen, die systematisch für die Nichtbezahlung des „Vorwärts“ und für seine Boykottierung wirken, befanden sich auch die „Vorwärts“-Redakteure Leid, Stadthagen und Ströbel.

Angeichts dieser Tatsache ist es selbstverständlich, daß der Verlag auf die weitere Mitarbeit dieser drei Genossen in der Redaktion des „Vorwärts“, den sie ja zugrunde richten wollen, verzichtet. Das Gehalt wird den drei bisherigen Redakteuren, wiewohl sie keinerlei Anspruch darauf haben, vom Verlag bis zum Ende des Monats März 1917 bezahlt werden.

Unsere Leser werden verstehen, daß der Verlag in der gegebenen Situation nicht anders handeln konnte.

Verlag und Redaktion werden es sich im übrigen angelegen sein lassen, den Inhalt des „Vorwärts“ durch Heranziehung sachmännischer Mitarbeiter aus allen Gebieten ständig noch weiter zu verbessern, damit der „Vorwärts“ als Vertreter proletarischer Interessen den Partei- und Gewerkschaftsorganen immer mehr zu einem unentbehrlichen Ratgeber in allen Fragen des politischen, sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens wird.

Der Verlag des „Vorwärts“.

Stunden in Warschau.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Warschau, den 6. November 1916.

Der Sonntag der Auferstehungsfeier Polens ist vorüber. Aus dem Straßenbilde sind die zahllosen Nationalfahnen so gut wie verschwunden. Nur von allen öffentlichen Gebäuden flattert neben der deutschen Reichsflagge als Hoheitszeichen der weiße Adler auf rotem Grunde. Warschau ist wieder im Alltagsgewande, ist wieder die wimmelnde, bewegte Geschäftstadt mit ihren glänzenden, von Menschen überquellenden wenigen Hauptstraßen und ihren vielen, ebenso belebten, aber unendlich häßlichen, trostlosen Nebenstraßen.

Die Stadt war rasch und groß in ihrer Freude, aber nicht deklamatorisch. Und auch die Verkündung der verheißenen staatlichen Selbständigkeit im alten Schlosse hatte so gewirkt, weil sie sich bewußt von allem Theatralischen abkehrte, und weil der tiefe Ernst des Blutopfers hinter jeder Beherde stand. Der Ruf: „Es lebe Polen!“ als Voraussetzung jedes politischen Wirkens vereint die Parteien. In diesem Brennpunkt des polnischen Lebens laufen alle Strebungen zusammen, Kraftgebern fügen aufeinander zu, auseinandergehende gesellschaftliche Mächte richten sich auf ein Ziel. Noch tobt der Krieg, und Warschau, das ein Kampffeld war, steht unter Kriegsgeßel. So wäre es vermessen, letzte Urteile abgeben zu wollen, aber was ich sah, ließ den starken Eindruck zurück: die polnische Gesellschaft, soweit sie sich in Warschau konzentriert, der Ueberbau, der Träger der Ideologie, ist in ihrer entscheidenden Mehrheit aktivistisch. Und ihr Gedanke hat sich durchgesetzt, daß Polen jetzt für seine Zukunft das Höchste leisten müsse, was ein Volk leisten kann.

Für diese Stimmung war ein starker Beweis der Abend des Sonntags in der Polnischen Oper. Das große, strahlende Haus mit seinen vier aufeinander getürmten Rängen, seinem breitanscheinenden Parkett ist gedrängt voll. Feldgraue deutsche Offiziere sind eingesprenkt in die festlich gekleidete, in Türen und Gänge überquellende Besucherchar. Alle Berühmtheiten sind da, der deutsche Generalgouverneur ebenso wie die Führer der Legion, der Militz, die Veteranen des Adels, des Bürgertums und der studentischen Jugend. Der Vorhang geht auf. Aber statt der ersten Szene aus Moniuszkos romantischer Oper „Halka“ baut sich ein wirksam gegliedertes, den ganzen Bühnenraum füllendes, in Gold, Weiß und Rot zusammenhängendes Bild auf; alle Mitwirkenden sind in prächtige Tracht mittelalterlicher Edelleute und Bauern gekleidet; aus ihrer Mitte vortretend entfaltet der alte Stuhlrichter die polnische Fahne und sein mächtiger Paß beginnt, während die Musik einsetzt, die Nationalhymne. Der Massenchor auf der Bühne nimmt die Melodie auf, und sofort springt das Lied in den Zuschauerraum. Alles hat sich erhoben, alles singt mit, singt wie in religiöser Verzückung immer und immer wieder die schlichte geliebte Weise, die der russische Gewaltherrscher austrotten wollte und die die polnischen Mütter dem Kinde ins Ohr summen: „Gott, der du Polen durch die Jahrhunderte erhalten hast.“

Dieser melancholische Choral war es, nicht das in Deutschland viel bekanntere, led vorwärtsstürmende Soldatenlied der polnischen Aufstände: „Noch ist Polen nicht verloren!“, der überall an diesem Abend gelungen wurde, auf der Straße, bei den Umzügen und in den Restaurants, dort, wo es Musik gab. Auf den Straßen entzündeten sich die Häuser, in den Wirtschaften erhoben sich die Gäste, natürlich auch die deutschen, wenn das feierliche Weiseliel erklang, das zum Palladium der Nation geworden ist.

Das Lied erlebte die öffentliche Rede. Wohl wurden hier und dort kurze Ansprachen an den Strahnen gehalten, aber sie traten für die Stimmung dieses Sonntags ganz zurück. Um die sechste Nachmittagsstunde setzte sich ein gewaltiger Zug zuerst nach dem Denkmal von Mickiewicz und dann nach dem Rathaus in Bewegung. Auf dem Platz vor dem Rathaus nahmen viele brennende Kerzen in die Hand, es war wie eine Prozession, die durch die Nacht an den allen Gebäuden vorbeizog. Sie kamen von dem Grabhügel an der Zitadelle, der alten russischen Zwingburg, wo fünfzig von den Russen erschossene polnische Freiheitskämpfer liegen. Dieser Grabhügel ist geschmückt, und geschmückt hat ihn die V. P. S. Keine Reden, nur Gesänge hallten nur die Stille über den Platz. Dort hatten die Kosaken im Revolutionsjahr 1905 ihre Attacken geritten, ihre Knuten gebraucht und gemordet. Und der Schwur wird sich jetzt in manchem Herzen erneuert haben, der in einem der Blatenschen Polenlieder weiterlebt: Tambour, schlag an, . . . wir greifen nur mit Bajonetten an! . . .

Am Montagvormittag traten wir einen langen Rundgang durch die Stadt an. Mitten in ihre großen Erinnerungen und ehrwürdigen Gaudenmäler, die sie mit dem Westen vermaßen, haben die Russen höchst unermittelt ein paar byzantinische Kirchen und ein Schulgebäude in gleichem Stil hineingelegt. Es ist aber nicht zusammengewachsen, sondern eine erotische Merkwürdigkeit geblieben. Wie aus einer Riesenspielzeugschachtel sind diese weißen Türme mit ihren goldenen Zwiebelkuppeln, noch nach frischem Lack riechend, auf dem schönsten Platz Warschaws als russische Kathedrale hingestellt, wie ein weißes Steinseil des Khanats, das mit dem Eroberer wieder verschwindet.

Am Nachmittag fuhren wir zur Zitadelle hinaus. Die Weichsel wurde sichtbar mit ihrem schweren, klumpigen, grauen Wasser. Von der Uferhöhe, auf der die Stadt liegt, senkte sich der Weg ins Tal und stieg wieder zu der Festung empor mit ihren grünen Erdwerken einer schon überholten Verteidigungskunst. Einschnitte, Bastionen, Mauerwerk, deutsche Posten, ein kurzer Aufenthalt, noch eine Wegkrümmung weiter, und wir sind im Innern der Zitadelle. Eine breite Straße mit holprigem Pflaster, eine Wiese, über die ein Däse getrieben wird, und daneben Bäume, eine niedrige orthodoxe Kirche, eine Reihe einförmiger Gebäude — das ist alles, was man zunächst sieht.

Es ist, als wären wir auf einem Riesengutshof. Aber nun blieben die Wagen zurück, und es geht näher an die Häuser heran; ihre Mauern sind gelb oder schmutzig rot abgeputzt, hier und da zeigen sie Säulenstellungen und Anklänge an italienische Baukunst. Die lange Reihe der Pavillons beginnt. Es sind wohl Gefängnisse, man sieht vergitterte Fenster. In der Rede der langen Flucht der Baulichkeiten fällt eine hohe Feste auf, die einem Gefängnis gegenüberliegt. Von ihren Flügeln leuchtet es rot und weiß her. Mächtige Kränze sind es, aus roten Nelken und weißen Dahlien mit Palmen und Immergrün; ein rotes Band ist um den einen gewunden. Sie gelten dem Andenken der Märtyrer. Denn dies ist die Johannisporte und der Weg zum Richtplatz. Durch die enge Rebentür, durch die wir eintreten, sind die Edlen geschritten, die in der Gewalt der Schwergen ihre revolutionäre Tat oder auch nur den Verdacht der Tat und die schmutzige Lüge des Spießes mit dem Leben bezahlt haben. Wir stehen auf einem breiten Hof, den rechts und links das häßliche Rotbraun der Mauern abschließt, während der Blick nach vorn über die erste Abdachung der äußeren Brustwehr der Festung hinweg, durch eine Zeile halbkreisförmiger alter Kastanienbäume hindurch die Weichsel findet. Der Blick sucht weiter. Die Füße folgen ihm, und an einem Haufen übereinandergeworfener, zerklüftener Zafetten vorbei geht es zu einem alten Kastanienbaum in der Ecke links. Der Baum ist verwundet; in Kopf- und Brusthöhe ist die Rinde fort und das weiße zerfaserte Holz sieht hervor. Zwischen ihm und dem nächsten Baum steht ein Gerüst. . . . Zwei starke viereckige Pfosten wachsen aus dem Grase und den abgefallenen gelben Kastanienblättern empor, und darüber ist ein Querbalken gelegt, der nach keiner Seite hin vorkragt. In diesen Balken aber sind in symmetrischen Abständen sechs eiserne, schon verrostete Haken eingeschraubt. Das ist der russische Galgen. Nicht die Schauer des Hochgerichts umwehen ihn, er ist nüchtern, wie Pult und Stuhl in einer Amtsstube, ist ein zweckmäßiges, für den Massenbetrieb eingerichtetes Regierungsinstrument. Man kann ihn mit derselben Gemütsruhe anwenden, mit der man ein Lineal in die Hand nimmt. Was ist ein Menschenleben und ein Einzelschicksal? Es wird befohlen, und man gehorcht. Hier läuft ein Grenzabhang zwischen Europa und Asien —

Wo bleiben die Toten? Dort, wo die steil abfallende Böschung auf die Mauer trifft, die ihren ersten Abstieg von dem nächsten trennt, sind sie im Winkel verscharrt. Kein Hügel, kein Grabmal, nichts — nur Gras und Unkraut wuchern über den Gräbern. Wieviele sind es? Liegen hier schon die Helden von 1831, von 1864, oder sind es nur die Bierzig oder Fünfzig aus den letzten Zeiten der Russenherrschaft? Ueber zwei Millionen Aktienstücke haben die Russen bei ihrer Flucht aus Warschau zurückgelassen. Es herrscht treffliche Ordnung in den Aktenständen. Nur die Jahrgänge 1831 und 1864 waren sorgfältig entfernt. — „Polen ist das Land der Gräber und der Kreuze. Unsere Martyrologie ist die beste Garantie für die Zentralmächte.“ So sprach am Abend dieses Tages ein polnischer Redner.

Das Innere des berüchtigten Pavillons X, der die politischen Gefangenen beherbergt hat, bekamen wir nicht zu sehen. Es wäre auch nichts mehr in ihm zu sehen gewesen. Die deutsche Verwaltung hat Ordnung geschaffen und nichts von moskowitzischen Vergangenheiten dieser Bastille aufbewahren wollen. Der Schmutz ist entfernt, die Wände sind frisch gefalzt und Umbauten sind vorgenommen worden. Im

vorderen Teile des Pavillons X wohnt jetzt ein deutscher Hauptmann. Vor der Tür ist ein großes Blumenrondell angelegt, Holzgitter sind gezogen, eine Art Veranda ist im Werden. Im kommenden Frühling wird es ein kleines Jöyll sein.

Die Dämmerung war hereingebrochen, als wir die Festung verließen. Die Pferdehufe klapperten, die Wageninsassen säwiegten. Es regnete ganz fein, und man fror. Doch ging es zur Boniatowski-Brücke weiter. Der Weg folgte der Weichsel aufwärts, an deren Ufern Klöße und Dampf unbeweglich lagen. Jenseits des Stromes tauchten ein paar Lichter der Vorstadt Praga auf. Der Schattenriß ihrer Kathedrale hob sich über niedrige, geduckte Häuser hinweg vom regnerischen Himmel ab. Langsam kletterten die Wagen die gewundene Straße zur Brückenhöhe empor. Rechts flammten die Strohenzeilen von Warschau auf. Links ober leuchte die frisch wiederhergestellte Brücke in zahllosen Bogen über den Fluß und sein Ueberflutungsgebiet. Man konnte ihr Ende nicht sehen. Sie schien sich ins Graue und Grenzenlose zu verlieren. Sie wies nach Rußland.

C. B.

Die russische Presse über die Unabhängigkeitserklärung Polens.

Petersburg, 7. November. (W. L. W.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die gesamte russische Presse nimmt die Unabhängigkeitserklärung der Besetzten Gebiete Russisch-Polens durch Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit großer Ruhe auf. Nach der einstimmigen Meinung der Blätter hat diese Tat der Zentralmächte, die von neuem die Prinzipien des Völkerrechts gründlich verlege, unabweisbar keinen anderen Zweck, als ihre erschöpften Reserven aufzufüllen. Das polnische Volk werde niemals einer so selbstmörderischen Politik zustimmen, selbst wenn sie ihm unter der Form der Unabhängigkeit aufgedrückt werde. Blätter der verschiedenen politischen Richtungen sind einig, die Lage unter diesem Gesichtspunkte anzusehen.

„Kowojew Bremeja“ bemerkt, daß die ruhmreichsten Traditionen der polnischen Waffen sich an die Schlacht von Tannenberg knüpfen, wo polnische, litauische und kleinrussische Regimenter dem deutschen Orden eine Niederlage beigebracht hätten. Das vor fünf Jahrhunderten unternommene Werk solle gegenwärtig zu einem guten Ende geführt werden. — Die „Borsenzzeitung“ sagt: Entgegen allen Grundätzen des Völkerrechts haben Oesterreicher und Deutsche beschlossen, Aushebungen vorzunehmen und dies unter der Form eines Königreichs Polen mit sogenannter politischer Unabhängigkeit zu tun. Dieser Mummenschanz wird niemanden täuschen; denn es handelt sich hier nicht um eine gelegentliche politische Handlung, sondern um eine einfache internationale Missetat. — „Kjetsch“ stellt fest, daß der tatsächliche Zweck dieses hastigen deutsch-oesterreichischen Aktes in der Erklärung über die Rekrutierung enthalten sei. Jedermann wisse indessen, daß alle die wenig einflussreichen und wenig zahlreichen Parteien wie die Vereinigung der Anhänger eines polnischen Staatswesens dem hätten zustimmen können. Die von den Oesterreichern und Deutschen proklamierte Rekrutierung stelle einen Akt der Vergewaltigung und die Erklärung der Unabhängigkeit Polens eine Heuchelei dar. Im gleichen Sinne äußern sich andere Blätter, darunter ein Organ der äußersten Linken, welches hervorhebt, daß die polnischen Volksmassen und die polnische Demokratie das, was geschehen sei, als ein neues nationales Unglück betrachten würden. Die Zeitung „Kowoski Dnia“ zitiert die Worte einer der bekanntesten polnischen Persönlichkeiten, des Grafen Welopolski, der erklärte: Indem die Kaiser Wilhelm und Franz Joseph russischen Provinzen Rechte einräumten, wollen sie nur einige hunderttausend polnische Soldaten ausheben. Diese zutage liegende Absicht wird unzweifelhaft von den Polen verstanden werden, die sich nicht durch solche heuchlerischen Geschenke täuschen lassen werden.

Politische Uebersicht.

Vorspiel.

Am Morgen des Tages, an dem der Reichskanzler im Hauptauschuß des Reichstags sein Einverständnis mit dem Grauphens Vorschlag der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit behandelt, veröffentlicht der Staatssekretär a. D. Dernburg im „Berliner Tageblatt“ einen Artikel „Diplomatie“, in dem es heißt:

... das spreche ich mit voller Ueberzeugung aus, auch des deutschen Volk will, daß in Zukunft solche furchtbaren Geschehnisse wie der gegenwärtige Weltkrieg nach Kräften vermieden werden, und es will alle Mittel angewendet haben, die dazu dienen können. Ja, selbst wenn man glaubt, daß manche, besonders die, die man die „passivistischen“ nennt, doch schließlich keinen Erfolg haben, so darf man sich schon aus Achtung vor den anderen, die daran glauben, diesen Mitteln nicht hochmütig und ablehnend verschließen. Wir haben auf den Haager Konferenzen nicht gut abgeschnitten, nicht vielleicht, weil wir letzten Endes nicht recht hatten, sondern weil wir unsere Ansicht über die dortigen Vorschläge mit einer so brutalen Sachlichkeit herausgesprochen haben, daß die andere Seite, die doch aus führenden Männern des Reiches der Welt bestand, tief verletzt war. Das war sicher keine Kunst und es war sicher keine Diplomatie.

Es ist ein gutes Zeichen, daß man sich in Deutschland auch zum Geständnis begangener Fehler bequemt. Diese Fehler sind schon damals von den Sozialdemokraten im Reichstag und in der Presse scharf getadelt worden. Die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre tragen hinreichende Bürgschaft dafür in sich, daß sie nicht wiederholt werden.

Eine halbamtliche Erklärung.

Die „Korbb. Wg. Ztg.“ vom Donnerstagabend bringt folgende Mitteilung:

Ein Berliner Blatt hat die Behauptung aufgestellt, das preussische Staatsministerium habe von dem polnischen Plane der Reichsleitung erst amtlich erfahren, als schon alles feststand. Wir stellen fest: Das Staatsministerium ist selbstverständlich gehört und zwar in jedem Stadium der Verhandlungen und vor Fassung endgültiger Entschlüsse. Er hat das gesamte Für und Wider eingehend und zu wiederholten Malen durchgesprochen und sich auf den Boden der mit der kaiserlichen Kundgebung vom 5. November eingeleiteten Politik gestellt.

Die Regierung und die preussischen Polen.

Die Posener „Gazeta Narodowa“ macht bemerkenswerte Angaben über die neue preussische Polenpolitik, die sie aus kompetenten Quellen geholt hat. Danach wird die preussische Polengefährdung einer gründlichen Revision unterzogen werden. Dies sei ein festes Vorhaben der Regierung, an dem sich nichts ändern werde, auch wenn ein Personalwechsel eintreten sollte. Die antipolnischen Gesetze würden jetzt schon nicht mehr angewendet, von Enteignung und Ansiedlungsverböten sei in der Praxis gar keine Rede mehr. Deswegen sei aber noch immer nicht mit dem gesamten System gebrochen, da der günstige Wind von Berlin nicht immer bis zu den kleinen Beamten im Osten dringe.

Die Regierung wird weiter gesagt, weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich im Landtag bei einer Aenderung der Gesetzgebung entgegenstellten. Damit müsse man sich abfinden, man dürfe aber nicht die Hoffnung aufgeben, daß sich die heftigsten Wünsche des polnischen Volkes noch während des Krieges erfüllen würden.

Auf der andern Seite wird ein abänderndes, d. h. günstigeres Verhalten der Polen gegenüber der Regierung und gegenüber den Deutschen angekündigt, die als Brüder der Polen bezeichnet werden.

Soweit das polnische Volk. Auf das Echo aus der rechten Ecke darf man gespannt sein. Auf alle Fälle hat die Regierung für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen als Stütze des neuen Polenurses einen zwingenden Grund mehr!

Verschiedene Auffassungen über die Polenfrage.

Der in Polen erscheinende „Kurjer Posenanski“ schreibt: Das Manifest der Zentralmächte sei unzweifelhaft einer der wichtigsten politischen Akte während des Krieges. Die Politik in Europa, die seit Teilung Polens betrieben wurde, werde dadurch für bankrott erklärt. Die deutsch-russische Freundschaft sei das Fundament der europäischen Lage gewesen, die sich auf die Streichung Polens aus dem Reiche der selbständigen Staaten gestützt habe. Es habe des Zusammenbruchs dieser Freundschaft bedurft, um das Verständnis für die Notwendigkeit für die Wiedererrichtung Polens aufkommen zu lassen. Eine unerfreuliche Seite des Vorgehens der Zentralmächte bildet die Tatsache, daß hierbei nur die Hälfte der polnischen Nation berücksichtigt werde. Durch das Manifest werde demnach die polnische Frage endgültig noch nicht gelöst. Es sei damit jedoch der erste Schritt zu diesem Zwecke getan worden, und dieser Schritt dürfe nicht mehr rückgängig gemacht werden, ohne Rücksicht darauf, welche Wendung die künftigen Ereignisse nehmen würden.

Ganz anderer Meinung als das polnische Blatt ist Freiherr v. Zedlitz, der sich in der „Post“ also vernehmen läßt:

„Daß, wie vielfach befürchtet wird, die autonome Gestaltung Galiziens entsprechende Wünsche bei den preussischen Polen hervorzurufen werde, ist wohl ernstlich nicht anzunehmen. Die preussischen Polen müßten jeder Ueberlegung bar sein, wenn sie nicht den fundamentalen Unterschied zwischen den Verhältnissen in der preussischen Ostmark und denen Galiziens erkennen. Sie werden aus diesem Erkenntnis die Ueberzeugung schöpfen, daß die Autonomie Galiziens ohne jede Rückwirkung auf die Verhältnisse der preussischen Ostprovinzen bleiben müsse, und sie werden, wenn sie unbefangenen Urteilen, auch ihrerseits zu der Ueberzeugung gelangen, daß das auch in ihrem Interesse das weitest Beste ist.“

Die Behandlung der Polenfrage.

Die „Köln. Zeitung“ bringt eine offenbar offiziöse Berliner Korrespondenz, die sich mit der Frage der Ausschaltung der Presse bei der Neuordnung der polnischen Angelegenheit befaßt. Der Offiziösus glaubt feststellen zu sollen:

„Es wäre ein schwerer Fehler gewesen, die in der Sache liegenden Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Oesterreich und die von der politischen Seite der Sache nicht zu trennenden militärischen Gesichtspunkte mitten im Krieg öffentlich zu besprechen. Nichts ist bisheriger und volkstümlicher, als jetzt mit starken Worten über die Umgehung der Presse zu wettern. Die Verhütung dazu liegt übrigens bei uns stets nahe, aber in der polnischen Angelegenheit sind die wichtigsten vaterländischen Gründe gegen den Strom zu schwimmen und ruhig zuzugestehen, daß der Anspruch der Öffentlichkeit auf freie Erörterung unbedenklich war.“

Man wird diese Bemerkung des beliebten Verfahrens nicht gerade als glücklich ansehen dürfen, denn die Presse aller Parteien war sich darüber einig, daß das Verfahren in freiem Widerspruch steht zu der Versicherung, die Erörterung der Kriegsjahre solle freigegeben werden, sobald die Möglichkeit dazu vorhanden ist. Daß die Regelung der polnischen Frage als eins der Kriegsjahre angesehen werden muß, kann nicht bestritten werden.

Die Reichstagswahl in Köln-Stadt.

Aus Köln wird geschrieben: Als Wahltermin für die Reichstagswahl in Köln-Stadt, die durch den Tod des Genossen Hofrichter erforderlich geworden ist, wurde vom Kölner Regierungspräsidenten der 5. Januar 1917 bestimmt. Es ist noch keineswegs sicher, daß sich die Ersatzwahl unter dem Zeichen des Burgfriedens vollziehen wird; das Zentrum scheint Lust zu verspüren, den Kreis, den es 1912 in der Stichwahl mit 22 414 gegen 26 835 sozialdemokratische Stimmen zum ersten Male verlor, der Sozialdemokratie wieder abzunehmen oder wenigstens einen solchen Versuch zu machen, da es den Verlust von Köln schmerzlicher empfand als irgend einen anderen. Dieser Tage berichtete die „Unabhängige Nationalkorrespondenz“, daß das Zentrum in entsprechende „Erwägungen“ eingetreten sei; man müsse einseitigen dieses Vorhaben begründen, zumal die Sozialdemokratie in Ditsch-Grinna den Burgfrieden gebrochen und einen Kriegskreditverweigernden Genossen aufgestellt habe. Diese Worte die gleiche Rücksicht nun auch nicht von den bürgerlichen Parteien verlangen, und in Köln böte sich Gelegenheit, „vor dem Auslande durch eine sozialdemokratische Niederlage der energischen Siegeswillen der deutschen Wählermassen zu bekunden“. . . Die Entscheidung läge in national-liberalen Händen, und wie die letztere Partei diesmal stimmen würde, könne nicht zweifelhaft sein. — Auf diese Anspielung antwortet die „Köln. Zeitung“, daß sie die freundliche Stimmung über die angebliche Absicht der Kölner Zentrumspartei nicht teilen könne; dann aber sei der sozialdemokratische Kandidat in Ditsch-Grinna ein Anhänger der Arbeitgemeinschaft: „Ganz anders liegen die Verhältnisse in Köln, wo sich das Zentrum, das bisher stets den Burgfrieden beobachtet hat, einer Sozialdemokratie gegenüber befindet, die im Kriege die völkische Gemeinschaft nicht verleugnet hat.“ Es werde davon abhängen, welchen Kandidaten die Sozialdemokratie als Nachfolger Hofrichters benennen werde; jedenfalls sei dringend zu wünschen, daß uns in Köln im dritten Jahre ein Reichstagswahlkampf mit seinen die innere Eintracht störenden Erscheinungen erspart bleibe.

Zunächst liegt eine offizielle Entschließung des Zentrums, sich zu beteiligen, noch nicht vor. Die Begründung dürfte ihm schwer

fallen; denn die Sozialdemokratie war, von allem anderen abgesehen, im Gegensatz zu Ditsch-Grinna in Köln schon bei der Hauptwahl mit 1500 Stimmen in der Mehrheit.

Die „Unabhängigen“ gegen den Burgfrieden.

Der „Unabhängige Ausschuss“ des Professors Dr. Schäfer gibt die „Unabhängige Nationalkorrespondenz“ heraus, die von dem früheren Reichsverbändler Dr. Stephan Neumann geleitet wird, der den Kampf gegen die Sozialdemokratie ganz nach alter Reichsverbändlermanier in seinem Organ lebhaft betreibt. Diese Korrespondenz will nun aus dem Westen erfahren haben, daß im Reichstagswahlkreis Köln, dessen Mandat durch den Tod Hofrichters erledigt ist, Erwägungen über die Aufstellung eines Zentrumskandidaten schweben. Dem tritt die „Kölnische Zeitung“ entgegen mit dem Hinweis darauf, daß das Zentrum bisher stets den Burgfrieden beobachtet hat und sich einer Sozialdemokratie gegenüber nicht, die im Kriege die völkische Gemeinschaft nicht verleugnet hat. Es werde natürlich viel davon abhängen, wen die Kölner Sozialdemokratie als Hofrichters Nachfolger benennen wird und welche Haltung dieser Kandidat zu den den Burgfrieden bedingenden Kriegfragen einnehmen wird; aber es sei dringend zu wünschen, daß der Stadt Köln im dritten Reichstagswahlkampf mit seinen die innere Eintracht störenden Erscheinungen erspart bleibe. Die „Unabhängige Nationalkorrespondenz“ ist bekanntlich auch das Organ des Annerkennungspolitikers Dr. Wildgrube, der in Ditsch-Grinna im Kampf mit unserem Genossen Lipinski steht.

Die Reichstagswahl in Potsdam-Osthavelland.

Mit der Zustellung des Urteils des Reichsmilitärgerichts an den Genossen Liebknecht: erhält dieses Urteil Rechtskraft und damit sind die parlamentarischen Mandate Liebknechts erloschen. Von dieser Tatsache hat, soweit das Reichstagsmandat in Frage kommt, der Reichskanzler dem Reichstag Mitteilung zu machen.

Damit steht der Wahlkreis Potsdam-Osthavelland vor der Notwendigkeit einer Neuwahl. Fortschrittliche Blätter lassen bereits erkennen, daß diese Wahl sich nicht im Zeichen des Burgfriedens abspielen wird, denn Liebknecht habe mit seinem Ausscheiden aus der sozialdemokratischen Fraktion keiner der im Reichstag vertretenen Parteien mehr angehört, weshalb alle Parteien in diesem Falle die Freiheit der Entscheidung haben. — Liebknecht war 1912 in der Stichwahl mit 24 209 gegen 20 360 freikonservative Stimmen gewählt worden. In der Hauptwahl hatte Liebknecht 21 505 Stimmen erhalten. Auf Oberbürgermeister Volberg als Kandidat der Reichspartei waren 12 088, auf einen freisinnigen Gegenkandidaten 11 063 Stimmen gefallen.

Änderungen im belgischen Unterrichtswesen.

Brüssel, 8. November. (W. Z. V.) Durch eine Verordnung des Generalgouverneurs sind in Abänderung der bestehenden Verordnungen zur Verwaltung des Elementarunterrichts, des mittleren Unterrichts, des höheren Unterrichts, für Wissenschaft und Literatur, im Ministerium für Kunst und Wissenschaft für jeden dieser Geschäftszweige je eine flämische und wallonische Abteilung errichtet worden. Den flämischen Abteilungen liegt die Bearbeitung der Angelegenheiten der Unterrichtsverwaltung für den flämischen Landesteil und der hochdeutschen Sprachgebiete ob, die wallonischen Abteilungen haben die gleichen Obliegenheiten für die wallonischen Landesteile.

Für die kommende Generation.

Von Max Duard.

Eine der allernächsten innerpolitischen Folgen des Krieges ist die Notwendigkeit, daß sich Gesetzgebung und Verwaltung gründlich um das Wachstum unserer Bevölkerung kümmern müssen. Wir von der Linken fordern dies aus Gründen der Wirtschaftspflege und Sozialpolitik; wir wollen nach den furchtbaren Verlusten des Krieges die schaffenden Massen, unter denen die Frauen einen viel größeren Anteil ausmachen als früher, so geschützt und gepflegt haben, daß sich die deutsche Arbeitskraft im höchst erreichbaren Maße innerhalb der Weltwirtschaft betätigen kann. Regierung und Rechte denken bei der Bevölkerungspolitik mehr an Pflichten und Soldatenbeschaffung, und es ist richtig, daß eine wirksame Landesverteidigung gegen die schnellende slawische Welle von Osten und gegen die Heranzügelung buntfarbiger Kolonialtruppen von Westen vor allem auch an die Aufrichtung eines starken Volksherees für die Zukunft denken muß, freilich nicht nach altpreussischen Rezepten, sondern im Sinne von Jaureß und Bebel auf dem Wege einer modernisierten Milizverfassung. Allen diesen Bestrebungen, ob sie sozial gerichtet sind oder militärisch, ist jedoch der berechtigte Wunsch nach einer zahlreichen und tüchtigen Bevölkerung gemeinsam. Die Landesverteidigung wie die sozialistische Bewegung brauchen große Volksmassen. Und deshalb haben sich diese Wünsche von zwei Seiten auch im Reichstag getroffen und zur Einsetzung der 16. Kommission für Bevölkerungspolitik geführt, die schon am Schluß des vorigen Sessionsabschnitts gewählt wurde und zu einer ersten Sitzung zusammentrat. Die Parlamentspause zwischen damals und dem jetzt geschlossenen Sessionsabschnitt ging leider unbenutzt vorüber, trotz zahlreicher Bemühungen der Linkenmitglieder, sie für die Arbeiten auszunutzen. Dafür haben jetzt ein Unterausschuss und die Kommission selbst sehr fleißig gearbeitet und große Teile der Bevölkerungspolitik gesetzgeberisch soweit gefördert, daß sie im Februar 1917 sofort nach Wiederzusammentritt des Parlaments im Plenum beraten werden können. Der Unterausschuss will in der Vertagungspause in inoffiziellen Tagungen auch den Rest der Bevölkerungsfragen so vorbereiten, daß ihn die Kommission nächstes Jahr für das Plenum verabschieden kann.

Im Lande draußen haben übereifrige und ungeübte Hände durch Vereinsgründungen und aufdringliche Agitation im Kriege die Bevölkerungspolitik gründlich in Verruf gebracht. Ihre Parole war die alte bequeme: das Volk soll viel Kinder kriegen, die oberen Zehntausend aber danken vielfach verbindlichst für die Beteiligung an dem mühsamen und undankbaren Geschäft. Das führte teilweise zu der Kuriosität, daß die Macher solcher „bevölkerungspolitischen“ Vereine sparsame Runggellen waren und blieben, aber begeisterte Reden an die Arbeitermütter hielten, sich möglichst reichen Kinderlegen anzuschaffen. Wie das im Lande wirkte, kann man sich leicht ausmalen. Die Reichstagskommission für Bevölkerungspolitik hat sich von diesem verhängnisvollen Fehler freigehalten und zunächst entschlossen zwei große Hochgebiete der Bevölkerungspolitik in Angriff genommen: das gesundheitliche, mit besonderer Rücksicht auf die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Meer und in der Gesamtbevölkerung, sowie das soziale mit der speziellen Richtung auf Arbeiterinnen- und Mutterchutz.

Für das gesetzgeberische Programm zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ergab sich eine glückliche Verbindung von Kriegs- und Friedensmaßnahmen. Die Heeresverwaltung hat für Feldheer und Befehlshaber, aber auch für die Heimatrtruppen viel durchgreifendere Vorschriften zur Feststellung und baldigen Ausheilung venerischer Erkrankungen treffen müssen als früher. Für Mannschaften und Unteroffiziere ist in Meer und Marine nicht bloß die allgemeine Meldepflicht im Falle der Geschlechtskrankung eingeschärft und unter Strafe gestellt, sondern auch die Kontrolle und Behandlung viel nachdrücklicher durchgeführt als im Frieden. Urtauber sollen nicht in die Heimat gehen, wenn sie noch ansteckungsfähig sind, angefaßt aus der Heimat zurückkehrende Kriegsteilnehmer (angeblich der häufigste Fall) sollen sofort der Behandlung zugeführt werden usw. Natürlich ist dieses System noch längst nicht lückenlos durchgeführt. Verheimlichungen kommen zahlreich vor. Vor allem sind die Offiziere der Meldepflicht nicht unterworfen, sondern können Privatbehandlung wählen. Um Verbesserungen wird in der Reichstagskommission noch gekämpft; auch ist gefordert, daß bei der Demobilisation die geschlechtskranken Soldaten bis zur Heilung zurückgehalten, sowie daß die krank Gewesenen und vorläufig Geheilten auch ohne ihre individuelle Einwilligung den Beratungsstellen der Arbeitervereidigung zur Nachbehandlung gemeldet werden. Wahrscheinlich wird die Regierung beide Maßnahmen treffen. Alle diese Anordnungen und ihre ziffernmäßigen Wirkungen werden in einem Fragebogen verfolgt, der nach langen Erörterungen mit dem Generalarzt des Heeresanitätswesens daheim festgestellt wurde und bis zum 1. Januar der Kommission zugehen soll. Dann wird man hier weiter arbeiten.

Da aber nicht abzusehen ist, weshalb viele Millionen von Staatsbürgern im Waffenrock vor Geschlechtskrankheiten und ihren Folgen geschützt werden, in dem Augenblick jedoch schuldlos sein sollen, wo sie den Waffenrock anschießen, und weshalb solche, die nicht Soldat waren, nicht auch beaufichtigt sein sollen, hat die Reichstagskommission gesundheitliche Schutzmaßnahmen auch für die Gesamtbevölkerung gefordert. Ueber die allgemeine Meldepflicht der Geschlechtskrankheiten in der Heimat hat keine Einigung erzielt werden können. Dabei ist die Vorbedingung alles ernsthaften Vorgehens nach dem Kriege, und sie unterstellt auch das Bürgerturn und seine Männerwelt der gesundheitlichen Kontrolle, die sich bisher neben den Soldaten nur auf die Arbeiter in den Krankenkassen und die Prostituierten erstreckte. Die Sozialdemokraten in der Kommission beantragten die Aufhebung dieser Klassencheidung und die gesetzliche Einführung der allgemeinen Meldepflicht für die Ärzte und Heilkundigen, die jeden Geschlechtskranken, der ihnen bekannt wird, bei den Beratungsstellen der Versicherung mitzuteilen hätten, nachdem diese Stellen im Rahmen der Gemeindeverwaltung zu Gesundheitsbehörden für die ganze Bevölkerung ausgebaut wären. Diesen Ausbau nach dem sozialdemokratischen Antrag nahm die Kommission an. Die Regierungsvertreter verkündigten sogar, daß sich die Behörden für die Ausgestaltung zu allgemeinen Wohlfahrtsämtern mit Beiräten aus allen Klassen der Bevölkerung aufs kräftigste einsetzen würden, um die nachteilige Zersplitterung und unzweckmäßige Vereinstätigkeit auf diesem Gebiete zu beseitigen. Ein Sozialdemokrat warf bei dieser Gelegenheit ein, daß dieser Plan herrlich sei, daß aber Reich und Bundesstaaten auch an den Kosten mittragen müßten und nicht wieder den Städten allein alle Lasten aufbürden dürften. So einigte man sich auf die Schaffung eines neuen Werkzeuges. Den Motor dafür, die Einführung der allgemeinen Meldepflicht, die erst den Gesundheitsstellen das Material zuführen würde, weigerten sich die bürgerlichen Parteien konsequent zu schaffen. Selbst ein nationalliberaler Antrag, der die Meldepflicht auf Umwegen herbeigeführt hätte, versiel der grundsätzlichen Abneigung der Kommissionsmehrheit. Für seine Verbesserung durch sozialdemokratische Amendements stimmte die Kommission. Den so praktisch gestalteten Vorschlag lehnte sie aber ab. Es soll bei der Bewahrung der Bemittelten vor der Meldepflicht für Geschlechtskrankheiten bleiben! Leider unterließen, ja begünstigten die deutschen Arztorganisationen diese gesundheitliche Klassengesetzgebung. Sie fürchteten den allmählichen Uebergang der Heilbehandlung an öffentliche Stellen und schreiben der Meldepflicht die sichere Wirkung zu, daß sie das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patienten zerstören werde. Vergeblich wurde von der Sozialdemokratie und einzelnen bürgerlichen Mitgliedern eingewendet, daß bei der ungeheuren Verbreitung der Geschlechtskrankheiten so viele Millionen von der gesundheitlichen Meldung betroffen werden würden, daß dieselbe in kurzem keinerlei Makel mehr sein könnte. Sie solle in der Hauptsache den Umfang des Uebels feststellen und die Nachbehandlung sichern. Vergeblich machten unsere Vertreter geltend, daß das öffentliche Gesundheitsinteresse den Arztinteressen vorangehe. Um diesen Hauptpunkt wird noch manche Schlacht geschlagen werden müssen, ehe er fällt. Arbeiter-, Gesundheitspflege- und Frauenorganisationen mögen uns helfen, in den nächsten Monaten den Ring um die Festung des Vorurteils und der Klasseninteressen immer fester zu ziehen. Ein sehr hochstehender Regierungsvertreter reklamierte an diesem Punkt im Moment der höchsten Not „die Freiheit der Bürger“. Die Freiheit in einem Augenblick, in dem sie durch Belagerungszustand, Schutzhaf und Zensur von der Regierung selbst bis auf ein kaum sichtbares Maß eingeschränkt ist. Wir wollen uns diesen Regierungsauftrag zur Freiheit der Bürger für den allgemeinen Gebrauch gut merken!

Zur Erörterung der Prostitution und der sozialen Schutzmaßnahmen für Mutter und Kind kam die Hauptkommission infolge der vorwöchigen Vertagung des Reichstages nicht. Aber ihre Mehrheit schlug erfreulicherweise auch den von einer Seite gemachten Versuch ab, ein Gesetz gegen die Prostitution von der Regierung zu fordern, während die Grundzüge desselben (Reform des Kuppeleiparagraphen, Aufhebung der polizeilichen Reglementierung) noch nicht festgelegt und die ganzen sonstigen Maßnahmen zur Bevölkerungspolitik noch nicht durchberaten sind. Das wäre darauf hinausgekommen, die Richtung zu unterstützen, die sich an Strafgesetzen und Verböten nicht genug tun kann. Die Sozialdemokratie schlägt in der Kommission die sofortige Einführung der Achtfundenschicht für die arbeitenden Mädchen und Mütter mindestens in der Groß- und Munitionsindustrie vor. Damit wird tiefer und gründlicher geholfen, als mit hundert Strafparagrafen gegen die Abtreibung und den Strafenverkehr der Prostituierten. Auch auf dem Gebiet der Bevölkerungspolitik fällt uns die dankbare Aufgabe zu, ganz Arbeit zu fordern und unablässig auf sie hinzuwirken. Die Gegner sitzen hier in der Heimat und sind sehr leicht zu besiegen, wenn die Regierung nur siegen will.

Die Debatte

über die Rede des Reichskanzlers.

Amlich, Berlin, 9. November. Nach der Rede des Reichskanzlers machte der Hauptauschuß eine halbstündige Pause. Nach Wiedereröffnung der Sitzung führt zunächst

ein Vertreter des Zentrums

ungefähr folgendes aus: Neu in der Rede des Reichskanzlers sei namentlich, daß der russische Befehl von 1912 die Mobilisierung als identisch mit Krieg gegen Deutschland bezeichne. Dadurch gewinne die russische Mobilisierung einen ganz neuen Charakter. Er begrüße die Erklärung, daß Deutschland sich an einem Staatenbund zur Erhaltung des Friedens beteiligen, ja sich an dessen Spitze zu stellen bereit sei. Klar sei, daß in einem solchen Staatenbund nicht per majora (mit Mehrheit) über Lebensfragen der Staaten abgestimmt werden könne. Im Haag sei das Negative etwas zu stark in den Vordergrund gestellt worden gegenüber dem Positiven, daß man jeden ehrlichen Versuch zur besseren Sicherung des Friedens unterstützen solle. Die Erfahrungen des Krieges rechtfertigen das Verlangen nach einem besseren Schutz unserer Grenzen. Unter diesem Gesichtspunkt sei auch die polnische Frage zu betrachten. Der Sinn der Proklamation sei, daß Polen Gelegenheit gegeben werde, sich an den Westeuropa anzuschließen anstatt nach dem Osten, bei freier selbständiger Entwicklung. Die Proklamation könne als ein hochherziger Entschluß begrüßt werden. Selbstverständlich sei sie in erster Linie bestimmt, unseren Interessen zu dienen, und es sei sogar Pflicht eines leitenden Staatsmannes, diesen Gesichtspunkt in klarer, kalter Erwägung in den Vordergrund treten zu lassen. Derselben grundsätzlichen Erwägungen müßten in Belgien maßgebend sein. Wenn der Reichskanzler wiederhole, daß er niemals eine Annexion Belgiens verlangt habe, so scheine er noch auf diesem Standpunkt zu stehen. Allerdings müsse aber dafür gesorgt werden, daß Belgien niemals wieder als Einfallstor gegen Deutschland dienen könne. Er beziehe sich auf die frühere Erklärung des Abgeordneten Spahn, daß Belgien politisch, militärisch und wirtschaftlich in deutscher Hand bleiben müsse.

Von einem nationalliberalen Redner

wurde ausgeführt, daß die Darlegungen des Reichskanzlers dankenswerte Klarheit über die letzten Vorgänge vor dem Kriege gebracht haben. Es sei zu wünschen, daß diese Darlegungen weite Verbreitung im neutralen Ausland fänden. Bemerkenswert seien besonders die Mitteilungen über die

Vorgänge am 29. und 30. Juli.

Es sei wichtig, daß ein englischer Vermittlungsvorschlag von uns weitergeleitet und in Wien angenommen worden sei. Ebenso bemerkenswert sei, daß wir auf die direkte Verständigung zwischen Wien und Petersburg hingewirkt hätten. Der Reichskanzler habe auch die Kriegsbefehle behandelt. Es sei dem zuzustimmen, daß der Krieg das Ergebnis der Gesamtentwicklung sei, die mit der Einkreisungspolitik einsetzte. Demgegenüber sei die deutsche Politik durchaus friedlich gewesen. Mit Rußland hätten wir, wie die Verhandlungen von Potsdam und Brest-Litowsk bewiesen, versucht, auf guten Fuß zu kommen. Das Hindernis seien die russischen Wünsche am Kasan und auf Konstantinopel gewesen. Die Marokkofrage sei mit dem Ziele einer endgültigen Verständigung mit Frankreich behandelt worden. Wenn das Ziel nicht erreicht wurde, so war es nicht unsere Schuld. Die Verhandlungen, die unmittelbar vor dem Kriege mit England über den Interessenausgleich geführt wurden, seien ebenfalls ein Beweis friedlicher Politik.

Wenn wir nun trotzdem gegen unseren Willen in den Krieg verwickelt worden seien, so sei die Schlussfolgerung richtig, daß wir uns durch

bessere Grenzen

schützen müssen. Er wolle nicht auf die polnische und die belgische Frage eingehen. Es sei jedenfalls zweifelhaft, ob es richtig wäre, jetzt definitive Verträge auszusprechen. Er könne bestätigen, daß der Reichskanzler niemals von Annexionen Belgiens gesprochen habe; das sei auch nicht von den Herren gelehrt, die sich von Zeit zu Zeit bei dem Reichskanzler versammelt hätten. Mit den heutigen Ausführungen des Reichskanzlers seien aber nicht preisgegeben seine früheren Äußerungen, daß der status quo ante nicht wiederkehren könne, daß wir reale Garantien haben müßten, daß Belgien nicht der Brückenkopf für englische Machtpläne auf dem Kontinent sein dürfe. Sonst würden wir für den Fall eines künftigen Friedens schlechter stehen als diesmal. Zu der Frage eines internationalen Bundes zur Bewahrung des Friedens äußerte der Redner namens seiner Freunde Einverständnis damit, daß die deutsche Politik jeden Versuch zur Schaffung von derartigen Institutionen mitprüft und eifrig daran mitarbeitet. Lebensinteressen können, wie ja auch die bekannte Schrenklausel besagt, keiner internationalen Entscheidung unterworfen werden. Natürlich dürfe nicht alles auf die englischen Interessen zugespitzt werden, auf die englische Herrschaft über die Neutralen und über das Meer. Die deutschen Interessen dürften durch die englische Uebermacht nicht geschädigt werden. Anschlaggebend müßten für unser Vorgehen immer die deutschen Interessen sein.

Der

Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei

erklärte, daß ungezählte Menschen nicht nur bei uns dem Reichskanzler für die Zusammenstellung, die er gegeben habe, dankbar sein würden. Die historischen Vorgänge seien außerordentlich glücklich und wirkungsvoll zusammengestellt. Das Gedächtnis, auch mancher Staatsmänner, für die tatsächlichen Vorgänge sei merkwürdig schwach. Der Redner wandte sich sodann

scharf gegen den „Lokal-Anzeiger“.

der mit seiner unüberlegten Handlungsweise fast in die Geschichte der Menschheit eingetragene habe. Seine Freunde seien damit einverstanden, daß internationale Friedensbindungen stattfinden. Ob Lord Grey im Ernste die Hand zum Frieden ausgestreckt habe, wolle er nicht untersuchen. Wir sollten aber zeigen, daß es uns ernst sei, zu seinen Gedanken Stellung zu nehmen. Ob es möglich sei, dauernde Friedensbewahrung zu schaffen, sei gewiß fraglich. Seine Freunde seien immer dafür gewesen, den Versuch zu machen. Es werde keine verlorene Mühe sein. Nicht habe die Sache natürlich eine andere Bedeutung als vor dem Kriege. Durch die ganze Menschheit werde ein ernstes Sehnen nach Friedenssicherung gehen. Er sei froh, daß der Reichskanzler so deutlich ernste Mitarbeit versprochen habe. — Vielleicht sei das von größerer Bedeutung, als man sich im Augenblick vorstelle. Es sei gut, daß unsere Friedensliebe so klar und ungewöhnlich festgelegt worden sei. Erst müßten

natürlich die Konsequenzen aus dem gezogen werden, was uns angetan worden sei. Eine Weltordnung im englischen Sinne und nach englischem Wunsch dürfe es nicht geben. Das sei das Interesse der ganzen Welt. Greys Ansichten böten nicht die Grundlage für den Weltfrieden. Darin teile er völlig die Auffassungen des Reichskanzlers. Wir verlangten Schutz unserer Rechte und Sicherheiten für unsere Entwicklung. Auch seine Freunde haben niemals auf dem Standpunkt gestanden, daß Belgien annektiert werden müsse, und wünschen dies auch jetzt nicht. Damit sei die Frage aber nicht erledigt. Belgien dürfe nicht der Tummelplatz englischer Machtbestrebungen auf dem Kontinente werden. Der englische Einfluß müsse zugunsten des deutschen zurückgeschnitten werden. Zwischen diesen beiden Gesichtspunkten gebe es eine Reihe von Möglichkeiten, über die eine Auseinandersetzung erfolgen werde. Seine Freunde seien bereit, an diesen Fragen mitzuarbeiten.

Der

Redner der sozialdemokratischen Fraktion

führte aus: Der Reichskanzler habe die Schuldfrage aufgerollt und ausgeführt, wie er sich die Herbeiführung des Friedens denke. Diese letztere Frage sei die wichtigere. Es wäre besser gewesen, daß manches, was über die Schuldfrage erklärt worden sei, schon früher bekanntgegeben wäre, wie die zweite Instruktion nach Wien. Der

russische Befehl von 1912

müsse das Märchen gehören, daß Rußland der angegriffene Teil sei. — In allen Ländern wachse der Gedanke, es müsse nun ein Ende des Krieges werden. Mit Recht habe der Kanzler gesagt, der Schrei, daß in Zukunft Kriege durch internationale Verträge verhindert würden, sei so groß, daß er schließlich einen Erfolg haben müsse. Wir hätten früher die Schiedsgerichtsidee zu sehr eine bagatelle (geringschätzig) behandelt gegenüber der Bedeutung, die ihr in Frankreich und England beigelegt worden sei. Der Kanzler habe die Befürchtung ausgesprochen, daß England eine Friedenskoalition nur wieder allein auf englische Bedürfnisse zuschneiden würde. Trotzdem sei das Prinzip als richtig anzuerkennen. Wichtig sei, daß der Kanzler

niemals eine Annexion Belgiens

verlangt habe. Es dürfen aber Belgien auch niemals unehrenhafte Bedingungen auferlegt werden, die eine Verständigung hindern würden. Das Reichsinteresse verlange nicht, daß wir Belgien militärisch, politisch und wirtschaftlich in der Hand behalten. Es sei ein gutes Programm, daß wir uns an die Spitze einer Koalition stellen wollten, die den Krieg verhindern solle. Das Deutsche Reich führe einen Verteidigungs-, keinen Eroberungskrieg. Daß der Reichskanzler in früheren Reden die Tapferkeit der Franzosen gelobt habe, habe gut gewirkt; es sei zu hoffen, daß er noch über seine heutige Rede hinaus die Friedensbereitschaft Deutschlands erkläre, dann würden die feindlichen Völker ihren Regierungen die Schuld an der Weiterführung des Krieges geben

Der

Vertreter der konservativen Partei

erklärte: Was der Kanzler über die Kriegsbefehle gesagt habe, sei überzeugend und wert, im In- und Auslande verbreitet zu werden. Unsere Feinde, die sich auch durch unwiderlegliche Tatsachen nicht überzeugen lassen wollten, würden es auch nach diesen Ausführungen nicht tun. Für den Frieden sei jedenfalls wohl nicht die Auffassung über die Ursachen des Krieges entscheidend, sondern die Machtstellung, die wir uns errungen hätten. Was den internationalen Pakt zur Erhaltung des Friedens betreffe, so könne er dem Vorredner nicht bestimmen, daß wir im Haag uns zu wenig zustimmend zu diesen Ideen verhalten hätten. Es sei notwendig gewesen, die

Vorbehalte offen auszusprechen.

Wenn man meine, das habe die Feindseligkeit gegen uns erhöht, so könne er dem nicht zustimmen, die Feindseligkeit habe die anderen bekannten Gründe gehabt, bei England in dem Entschluß, uns nicht hochkommen zu lassen. Wie die Dinge heute lägen, so könne er dem Gedanken beipflichten, daß auch wir nach dem Kriege ehlich versuchen müßten, an internationalen Friedensabmachungen mitzuwirken. Der Vorschlag allerdings, den Grey in dieser Beziehung mache, sei als solcher nicht ernst zu nehmen. Wenn Grey von idealen Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens spreche, so meine er das englische Ziel, einen Bund zu schaffen, der Deutschland politisch sowie militärisch vernichte und wirtschaftlich boykottiere. Ein Bund mit dem Ziele, Friedensförderer im Jaume zu halten, sei erstrebenswert; entscheidend für die Erreichung dieses Zieles werde letzten Endes die Machtstellung sein, die wir uns in diesem und aufgezogenen Verteidigungskriege erkämpfen.

In diesem Zusammenhang siehe auch die Erörterung des Manifests über Polen.

Seinen Zweck erblicke Redner darin, daß Polen den Anschluß an die Zentralmächte erhalte. Er könne vielleicht nicht in dem Maße, wie die Vorredner die Zweifel zurückstellen, ob dieses Ziel erreicht werden würde, und ob der jetzige Augenblick der richtige gewesen sei, um diesen Teil der Friedensverhandlungen vorweg zu nehmen. Er lege jetzt weniger Wert auf die Erörterung dieser Zweifel, sondern er sei gewillt, mit den vollendeten Tatsachen zu rechnen und das Hauptgewicht auf die Frage zu legen, wie weiter verfahren werden soll. Ueber Belgien stehe er im entscheidenden Gegensatz zu dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion, der lediglich das negative Ziel ausgesprochen habe, daß wir auf jeden Einfluß verzichteten. Es sei direkt eine Utopie, wenn der Vorredner von Erklärungen solcher Verzichtsleistung auch die Ausnutzung alles dessen, was wir militärisch mit unserem Blute errungen haben, sich einen günstigen Einfluß auf die Beendigung des Krieges verspreche. Mit dem Zentrumredner sei er einverstanden darin, daß wir sorgen müßten,

Belgien nicht wieder als ein Einfallstor

benutzen zu lassen. Er sei aber auch dafür, das Land als eine Stütze unserer Machtstellung zur See nutzbar zu machen. Wie wichtig das sei, habe unser jüngster Vorstoß in den Kanal bewiesen. Auch jeglichem Verzicht Frankreich gegenüber könne er nicht zustimmen. Mit dem Zentrumredner wünsche er, der Kanzler möchte positiv erklären, daß mit der Ablehnung der Annexion doch die Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte verbunden sein müsse.

Ein

Redner der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft

führte aus, am wichtigsten seien die Ausführungen über den Frieden, und er möchte den Satz unterstreichen, daß wir an jeder Koalition teilnehmen würden, die den Frieden sichere. Grey habe niemals den Gedanken ausgesprochen, daß Deutschland boykottiert und vernichtet werden solle, im Gegenteil, er habe dies wiederholt abgelehnt. Was der Vorredner wolle, sei, daß Belgien zu einem

Vasallenstaat werde. Wenn wir solche Programme aufrecht erhielten, würden wir nie Frieden bekommen. Solange der Kanzler seine positiven Erklärungen abgibt, und

gegen die Annexionisten

nicht protestiere, bleibe der Eindruck bestehen, daß er ihnen zustimme. Ueber die Schuldfrage zu sprechen, habe nicht viel Zweck, weil man doch niemand überzeuge. Wenn man volle Klärung schaffen wolle, müsse man die gesamten Verhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich veröffentlichen. Der russische Mobilisationsbefehl von 1912 sei ein wichtiges Dokument, das mit den Erklärungen des russischen Kaisers, es werde nicht gegen Deutschland mobilisiert, im Widerspruch stehe. Redner geht sodann des näheren auf die Ereignisse kurz vor dem Ausbruch des Krieges ein.

Der

Vertreter der Reichspartei

erklärte, daß auch die Rechte und die Wirtschaftsverbände nie den Standpunkt der Annexion vertreten hätten. Durch unsere Politik in Belgien, besonders gegenüber den Flamen, haben wir bewiesen, daß wir Verständnis für die Bedürfnisse des Landes haben. Das wird in Zukunft seine Früchte tragen. Wir wollen die Sicherheit, daß wir nicht in wenigen Jahren neue Opfer bringen müssen. Die französische Sozialdemokratie wolle Elßaß-Lothringen haben, stelle also uns „unehrenhafte Bedingungen“. Die Nation werde dankbar sein, wenn sie erfahre, daß wir alle eine künftige Schutzwehr verlangen. Von einem Vasallenstaat brauche noch nicht gesprochen zu werden. Es gäbe auch sonst Garantien gegen einen neuen rucklosen Ueberfall. Die Schiedsgerichtsidee sei dem Redner sympathisch. Wenn wir uns aber 1914 auf Schiedsgerichtsverhandlungen eingelassen hätten, hätten wir den Gegnern, die erst 1916 loschlagen wollten, Zeit gelassen, ihre Rüstungen zu vollenden.

Ein

Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion

führte aus, daß die Diskussion der Schuldfrage um so günstiger für Deutschland ausfalle, je gründlicher man sich in sie vertiefe. Hinsichtlich der russischen Mobilisierung sei es gut, nicht nur das Augenmerk auf die russische Totalmobilisierung, sondern auch auf die schon vorher fortschreitend sich erweiternden Teilmobilisierungen zu richten. Seit dem 25. Juli 1914 wurde in Rußland mobilisiert. Zuerst die 13 Armeekorps als Antwort auf die Mobilisierung von 8 österreichischen Korps gegen Serbien. Sodann aber die umfassende Teilmobilisation in den nächsten Tagen auch in nördlichen und östlichen Bezirken. Dafür liegen außer dem Bericht des belgischen Gesandten aus Petersburg, der im deutschen Weißbuch enthalten ist, auch wertvolle Zeugnisse aus der Presse der Entente-Länder vor. So telegraphierte der Petersburger Berichterstatter des „Temps“ am 29. Juli: „Die Mobilisierung schreitet in Riew, Odessa, Wilna (!), Warschau (!) und St. Petersburg (!) fort. . . Truppeneinheiten passieren Warschau alle Viertelstunden.“ — Am gleichen Tage berichtete Reuters „Anzeichen dafür, daß die gesamte umfangreiche militärische Reserve bald in Bewegung gesetzt wird.“ — Und am 30. Juli telegraphierte der Korrespondent des „Daily Chronicle“, Harold Williams, aus Petersburg: „Der Befehl für partielle Mobilisierung ist als Antwort auf die österreichische Kriegserklärung gedacht, tatsächlich ist sie absolut und allgemein. Die Reservisten in den nördlichen Distrikten sind ebenfalls zu den Fahnen gerufen.“ Danach erklärt sich die wachsende Unruhe in Deutschland in jenen Tagen. Man sah, die sich von Osten heranziehende von Tag zu Tag an bedrohlicher Ausdehnung zunehmende Dowine. Aus dieser Situation begreift sich denn auch die an sich sehr bedauerliche Voreiligkeit im „Lokal-Anzeiger“.

Ein

polnisches Mitglied der Kommission

sprach sich gegen jede Annexion aus. Der Haushaltsausschuß setzte heute nachmittag seine Beratungen fort und erörterte auch eingehend die polnische Frage.

Das tägliche Brot.

Eine gemeinnützige Reichsstelle?

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: In der Sommerabstimmung des Reichstages ist die Reichsstelle für Obst und Gemüse durch den Genossen Robert Schmidt einer besonders scharfen Kritik unterzogen worden. Schon nach dem vorgebrachten Material ist nicht der geringste Zweifel daran, daß diese Kritik durchaus am Platze war. Bekanntlich hat diese Reichsstelle in allen größeren Städten Großhandelsmärkte eingerichtet, oder genauer gesagt: sich von den Gemeinden einrichten lassen. Durch diese Großmärkte soll eine ständige Beeinflussung der Märkte in der Richtung einer Verbilligung herbeigeführt werden. Das ist zweifellos eine sehr löbliche und erfruchtliche Absicht. Aber wie wird sie durchgeführt? Läßt die Reichsgemeinstelle ihre Produkte besonders billig anbieten, um dadurch die Preise der privaten Großhändler zu drücken? Das wäre zweifellos der nächste Weg, aber die Reichsgemeinstelle arbeitet nach eigenen Methoden. Die an die Großhandelsmärkte gehenden Waren sollen nämlich nicht freihändig verkauft, sondern meistbietend versteigert werden! Die Einrichtung einer Versteigerungshallen ist von der Schaffung der Großmärkte abhängig gemacht worden. Bei der Knappheit der meisten Waren bleibt es natürlich nicht aus, daß die Händler sich die Preise gegenseitig in die Höhe treiben, und die Folge ist, daß die Bevölkerung nicht billiger, sondern teurerere Lebensmittel bekommt.

Von den Großmärkten im Ruhrrevier hat unseres Wissens allein Dortmund bisher von den Versteigerungen abgesehen. Aber auch hier kann durch den freien Verkauf kein starker Preisdruck ausgeübt werden, da die Gemeinstelle vorzuzieht, der und Freis muß für diese Ware mindestens erzielt werden. Ein Großmarkt, der wirklich billig verkaufen wollte, würde bald keine Ware mehr bekommen, weil die Lieferverbände der Reichsstelle ihre Waren begreiflicherweise nach den Plätzen schicken, wo die höchsten Preise erzielt werden. Die ganze Handelspraxis der Gemeinstelle kann niemals zu einer Verbilligung der Erzeugnisse führen; selbst da, wo die Waren im freien Handel abgesetzt werden, wird im günstigsten Falle erreicht, daß die hohen Kriegspreise nicht weiter steigen, wodurch also die Erzeuger dauernd im Gemüß der unberechtigt hohen Preise bleiben. Nachträglich wird sich leider nicht mehr feststellen lassen, wie viele Tausende von Zentnern Wirtschaftsapfel sie als Tafelapfel in den Verkehr gebracht hat — natürlich weit über den Höchstpreis, der für Wirtschaftsapfel festgesetzt ist. Vielleicht behauptet sie, daß es Auslandsapfel waren. Dann aber soll sie auch den Einkaufspreis nennen, denn in den besetzten Gebieten selbst ist der Friedenspreis nur um ein ganz geringes überschritten worden. Bis mit den Äpfeln, so geht auch mit Gemüse. Die Reichsstelle hat selbst in der eigentlichen Erntezeit der einzelnen Gemüsesorten die Kleinhandelspreise nicht zu drücken vermocht.

Die Zeitkrise, die die Reichsgemeinstelle heraufschafft, bringt die Preisnotierungen der verschiedenen Märkte. Diese haben, wenn auch nicht den Zweck, so doch die Wirkung, die Leiter der einzelnen Märkte gegeneinander auszuspielen. Und da die Gewähr besteht, bei billigeren Preisen von Waren entblät zu werden, so sucht ein jeder möglichst hohe Preise herauszuschlagen. Bleibt dann noch die ständige Kontrolle der Kleinhandelspreise, so haben die Verbraucher den Schaden.

Aus Groß-Berlin.

Der Einholejunge.

Gleich anderen Typen ist auch er im Laufe des Krieges aus der immer enger werdenden Welt der Daheimgebliebenen verschwunden. Er, feinerzeit der unentbehrlichsten einer, der Einholejunge. Das Ansehen, das er genoss, war im allgemeinen nicht groß, aber der Betrieb war nicht auf der Höhe, darin er fehlte, war rückständig, mochte er sonst auch dem Arbeiter in allem gerecht werden. Das Amt des Einholejungen war mehr Bürde- und würdevoll, und es trug ihm überdies, wenn er es nicht richtig verstehen konnte, nämlich sich jeden „Dreck“ in die Hand stecken ließ und Kudelmüddel machte, reichlich viel läbliche Titel ein. Aber es soll auch ein Kunststück gewesen sein, alles nach Wunsch zu bringen und jedem gerecht zu werden. Dem einem war das Bäckfleisch zu mager, dem andern der Hering zu klein, dem dritten der Käse zu frisch, der vierte hatte einen Sechser zu wenig herausbekommen — nein, leicht hatte es so'n Einholejunge gerade nicht. Es gab aber auch fast überall Leute, die gerne mäkelten und ständig Differenzen mit ihm hatten. Ein wenig dickfellig mußte er schon sein. Und in der Regel war er's auch. Er verlor so leicht die Ruhe nicht. Und nur die konnte es machen.

Wo sind die Tage, da man ihn in den Straßen der Industrieviertel am frühen Morgen und zur Mittagszeit sah? Ihm gehörte der Bürgersteig in seiner ganzen Breite, herzhast klopfte er mit seinen Holzspantinen und an dem Holzspanten schleppte er wie ein pomadiger Schwerverathlet. In der Verklärung aber will er einem wie ein Vögel aus dem Schlafaffenland erscheinen. Es waren keine erlesenen Bekleidungen, die er in die Bude brachte, es waren nur Dinge, die sich jedermann kaufen konnte; heute freilich, wo wir sie seit vielen Monaten entbehren müssen, dünken sie uns kulinarische Genüsse.

Es gab Einholejungen, die auch einmal Schmutz machten, manche begnügten sich damit, „een bißchen Belack“ für ihre eigenen Stullen ablassen zu lassen, für andere hingegen mußte bei derollen Schlepperei ein kleines Taschengeld heraus schauen. Als die Lebensmittel immer knapper und teurer wurden, sank die Bedeutung des Einholejungen, und schließlich erhob man ihn seines Amtes. Nur noch in der einen und der anderen Bude ist sein Schatten. Wann wohl — tritt der echte wieder in seine Rechte?

Einberufung einer Zweckverbands-Sitzung.

Der Vorsitzende des Verbandes Groß-Berlin hat die Mitglieder der Verbandsversammlung zu einer Sitzung am Montag, den 27. November, nach dem Berliner Rathaus eingeladen. Zur Beratung steht der von einer größeren Anzahl von Mitgliedern der Verbandsversammlung gestellte Antrag (Alt und Gen.) gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife und gegen den Erwerb der Großen Berliner Straßenbahn. Ferner wird der Bericht der Kommission über die Verwertung der Grundwasser in den Zweckverbandswäldern erstattet werden.

Die Einheitswürst von Berlin.

Vom nächsten Montag ab ist Berlin um eine revolutionäre Kriegsernährungsweise reicher. An diesem Tage nimmt Oberbürgermeister Wermuth, Staatsminister a. D. und Exzellenz, die Würstfabrikation in die Hand, und von da an gibt es in Klein-Berlin nur noch eine Würst, die Gemeinewürst, die Berliner Einheitswürst. Hoch und Niedrig, Arm und Reich umschließt ein einziger Kranz, aus Blut- und Leberwürst zierlich gewunden, und vom Roten Saucle aus haßt der Jubelruf: Alle Menschen werden Brüder, diese Würst der ganzen Welt!

Genau beisehen ist diese Einheitswürst eigentlich eine Zweifelswürst, nämlich sowohl Blut- wie Leberwürst. Aber die Zwei gehören ebenso unzertrennlich zueinander, wie das Sauerkraut zu ihnen beiden gehört. Und so kann man im Sinne einer sozusagen geistigen Gemeinschaft doch wieder mit Recht von einer Einheitswürst sprechen.

Blutwürst und Leberwürst, Leberwürst und Blutwürst werden in gleicher Qualität bei Hülser Unter den Linden und bei Wäfler in der Stettiner Straße zu finden sein, auf dem Altviener Porzellanlecker des Millionärs, wie in der Emaillepfanne der Arbeiterfrau, und es wird keine Berliner Würst geben, als diese Würst!

Hätten wir Sozialisten vor dem Kriege die kommunale Würstpreise in Vorschlag gebracht, so hätte man uns als doktrinaire Gleichmacher und verrottete Utopisten verdöhnt. Allen „individuellen“ Geschmacksrichtungen Rechnung zu tragen, das war doch wohl der tiefere Sinn der gepriesenen Wirtschaftsordnung, und wer ihn nicht verstand, galt als wäfler Barbar.

Heute, unter dem Drange der Notwendigkeit, begreift man, daß der Mensch, dessen Individualität sich in der Wahl seiner Würst ausdrückt, eigentlich nicht die Krone der Kultur ist. Ja, man könnte mit der Vereinheitlichung wohl auch noch manchen Schritt weiter gehen, ohne das Höchstmaß der Persönlichkeit auf selbständige Ausprägung abzu empfindlich einzuschränken. War doch dieses Entwicklungskredit ohnehin immer schon durch die individuelle Größe oder Beere des Geldbeutel bestimmt, dem der Einzelne zufällig bei sich trug.

Und damit kommen wir in unserer Betrachtung auf einen sehr empfindlichen Punkt. Die Berliner Einheits- und Gleichheitswürst wäre die schönste Sache der Welt, wenn sie vom Rathaus zum herunterhänge und jeder sich davon nehmen könnte, was er davon braucht. Daß man aber dafür keine Fleischmarke und obendrein noch sein Geld, wenn man es hat, hinlegen muß, wenn man es aber nicht hat, die Würst den andern lassen muß, das ist der schmerzliche Fehler des Systems.

Offentlich wenigstens wird jetzt der alte Kriegswitz den Kurs verlieren: „Die Würst hat jetzt ein Ende, und früher hätte sie zwei!“ Nach dem Erlebten darf man schon an Wunder glauben, und so glauben wir zurecht, daß uns eine bessere Zeit auch auf diesem Gebiet zum Endziel führen wird. Zur Würst ohne Ende! Zur Würst für alle!

Berlin und der Staffeltarif.

Der Berliner Magistrat schreibt: „Bei den gestrigen Verhandlungen der Berlin-Wilmersdorfer Städte-ordnungsversammlung ist die Behauptung aufgestellt worden, im vorigen Jahre habe ein Berliner Magistratsbeschuß die Berliner Vertreter im Zweckverband ersucht, unbedingt an der Bestimmung des Berliner Vertrages über den

Staffeltarif festzuhalten und alsbald den Staffeltarif einzuführen. Diese Angabe erheischt den bestimmtesten Widerspruch, weil sie die Haltung Berlins in genau dem entgegengesetzten Lichte erscheinen läßt, als es der Wirklichkeit entspricht. Der Berliner Magistrat hat damals nichts weiter getan, als dem Zweckverband die Entschliebung ohne Rücksicht auf die Berliner Vertragsrechte freigestellt. Die Berliner Vertreter im Zweckverband haben daraufhin schon im vorigen Jahre einstimmig gegen die Einführung des Staffeltarifs gestimmt. Jetzt aber — und darauf kommt es doch wohl an — haben die Vertreter Berlins im Verein mit zahlreichen Gleichgesinnten in den Nachbarorten sogar die Führung übernommen, um der Einführung des Staffeltarifs im Jahre 1920 zu begegnen. Sie verlangen von der Verbandsversammlung, daß sie sich, wie gegen jede Tarifierhöhung, so insbesondere gegen die Einführung des Staffeltarifs ausspricht. Berlin hat also, seine Sonderinteressen entschlossen hinter sich werfend, den wichtigsten Schritt mitgetan, um ganz Groß-Berlin auf einem und demselben Boden zu vereinigen und hofft, daß alle anderen Groß-Berliner Gemeinden mit ihm auf diesen Boden treten werden. Auch wurde die Entschliebung von Berlin-Wilmersdorf, an den Zweckverband das dringende Ersuchen zu richten, dem Staffeltarif seine Zustimmung zu verweigern“, in der Tat dem von den Berliner Vertretern unterzeichneten Antrag völlig gleich sein, falls das Wilmersdorfer Ersuchen nicht etwa dennoch auf eine weit schwerer lastende Tarifierhöhung anderer Art oder auf den Erwerb der Großen Berliner Straßenbahn abzielen sollte.

Warnung vor Verkauf bezugscheinpflichtiger Web-, Wirk- und Strickwaren ohne Bezugschein.

Der Magistrat gibt bekannt: Es ist festgestellt worden, daß in einzelnen Geschäften und namentlich auf Märkten bezugscheinpflichtige Waren, insbesondere Schenertücher, Stoffe, Strümpfe, Handtücher, Tricotagen usw. häufig ohne Bezugschein verkauft werden. Gegen zahlreiche Händler ist aus diesem Grunde Strafandrohung gestellt worden. Da die Bundesratsverordnung, die die Bezugscheinpflicht vorschreibt, bereits drei Monate in Kraft ist, kann sich niemand mehr mit Unkenntnis entschuldigen. Die Strafen, die bei Verstößen gegen die Verordnung zu gewärtigen sind, sind erheblich (Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafen bis zu 15 000 M.) ein Beweis, welche Bedeutung der strengen Durchführung der Bundesratsverordnung beigemessen wird. Auch ist es zum Schutze des geschäftlichen Handels erforderlich, daß gegen diejenigen Handelsbetriebe scharf vorgegangen wird, die aus Rücksicht auf ihren Verdienst die gesetzlichen Vorschriften außer Acht lassen und damit das öffentliche Interesse gefährden. Die Märkte und die in Betracht kommenden Geschäfte haben daher eine verstärkte Ueberwachung durch die Polizei und die vom Magistrat bestellten Revisoren zu gewärtigen, worauf hiermit besonders hingewiesen sei.

Der Markenerlös der Landesversicherungsanstalt Berlin betrug in den ersten neun Monaten dieses Jahres 9 002 234 Mark, d. h. rund 100 000 M. weniger als im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Bevölkerung von Berlin abgenommen hat und viele Versicherte im Felde stehen.

Ergänzung der Höchstpreise für Hasen und Kaninchen. Der Magistrat hat vor kurzem die durch ministerielle Ausführungsanweisung festgesetzten Höchstpreise für Wild veröffentlicht. Es hat sich nun für Berlin das Bedürfnis gezeigt, außer diesen Kleinverkaufspreisen für Wild noch Preise für einzelne Teile von Hasen, sowie für das Häuten und Spicken von Hasen und wilden Kaninchen festzusetzen. Der Magistrat gibt heute die seinem Antrage gemäß festgesetzten Preise bekannt; sie betragen für den Rücken des Hasen 3 M., für zwei Keulen 2,50 M., für zwei Läufe 0,70 M., für Häuten und Spicken eines abgezogenen Hasen darf 1,25 M., für Häuten eines abgezogenen Hasen allein darf 0,50 M., für Häuten und Spicken eines abgezogenen Kaninchens darf 0,80 M. berechnet werden.

Kontrolle der Seifenhändler. Die Preisprüfstelle Groß-Berlin wird eine Kontrolle der Seifenhändler darüber ausüben, ob sie entsprechend den Vorschriften der Bekanntmachung des Reichsfinanzamts vom 21. Juli 1916 nur gegen Seifenarten oder Seifenartweise Seife abgeben. Bei dieser Gelegenheit wird auch daran erinnert, daß die Seifengeschäfte verpflichtet sind, beim Verkauf von Seife und dergl. die entsprechenden Abschnitte der Seifenarten und Seifenartweise abzutrennen und sie allmonatlich an die Protokommisionen abzuliefern.

Die neue Fettkarte.

An den in dieser Woche neu ausgegebenen Speisefettkarten für die Zeit vom 18. November 1916 ab befinden sich Anmeldebahnschritte. Diese Bahnschritte sind, wie mitgeteilt wird, bereits vielfach dazu verwendet worden, um Neuanmeldungen zur Kundenliste vorzunehmen. Es wird darauf hingewiesen, daß dieses Verfahren unzulässig ist, und daß alle schon jetzt vorgenommenen Anmeldungen ungültig sind. Anmeldungen dürfen erst vorgenommen werden und Enttragungen in neue Kundenlisten erst erfolgen, wenn die Zeit für die Neuanmeldungen und Neueintragen in die Kundenliste von der Fettstelle Groß-Berlin bekannt gegeben worden wird. Wird festgestellt, daß ein Händler schon jetzt solche Anmeldungen vorgenommen hat, so wird die Fettstelle unmaßstäblich den Vertretern von der Belieferung ausschließen und die Kunden einem anderen Geschäft zuweisen.

Ebenso wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß alle öffentlichen Aufforderungen zu Anmeldungen für die Kundenlisten strafbar sind und zur Ausschließung von der Futterlieferung führen. Es gebe daher niemand einem Händler jetzt schon seinen Anmeldebahnschritt ab und verlange ihn, wenn er dies getan hat, zurück.

Ein viertel Pfund Käse für vier Personen.

Die Zentraleinkaufsgesellschaft hat der Käseverteilungsstelle Groß-Berlin für die Gemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Lichtenberg und Neukölln ein Quantum Auslandskäse zugeteilt. Leider ist die Menge äußerst gering. Das Gesamtquantum läßt nur eine Portion von einem viertel Pfund Käse für vier Personen zu. Da überdies die auf die sechs Städte entfallende Menge nur noch und noch eingeht, so kann leider der Käse immer nur einem kleinen Teil der Geschäfte noch einer bestimmten Reihenfolge zugeteilt werden. Diesmal ist der Käse folgenden Firmen abgemittelt:

- 1. D. Dänker, Berlin, Mühlstr. 12a.
2. Carl Franke Koch, Berlin, Brunnenstr. 181.
3. Gebr. Groß, Berlin, Schindlerstr. 5.
4. Groß-Einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, Berlin, Geddesstr. 59.
5. Interessengemeinschaft Märkischer Milchproduzenten, Berlin, Reidenicker Str. 11.
6. J. Loubau, Berlin, Adlerstr. 170.
7. Lange u. Steffen, Berlin, Remeler Str. 76.
8. Fritz Nuth, Neukölln, Rannierstr. 16.
9. Schimmel Koch, Berlin, Lintienstr. 65.
10. Schmidt Eßke, Neukölln, Wainzer Str. 45.
11. J. F. Ahmann, Berlin, Landsberger Str. 46.
12. Gebr. Lehmann u. Co., Berlin, Marienstr. 1.

13. C. F. Wiestrad, Berlin, Leipziger Str. 82.
14. Otto Reichelt, Berlin, Neue Königstr. 37.
15. Verein. Komm. Meiereien, Berlin, Dirdlensfr. 26/27.
Die Abgabe erfolgt in den Buttergeschäften an die eingetragenen Kunden. In erster Linie werden also Haushaltungen mit wenigstens vier Personen in der Lage sein, 1/4 Pfund Käse zu erhalten, es steht aber auch nichts im Wege, daß sich vier nicht zu einem Haushalt gehörende aber in demselben Buttergeschäft in die Kundenliste eingetragene Personen vereinigen und auf ihre gemeinschaftlich vorgelegten vier starken 1/4 Pfund Käse kaufen. Diejenigen Buttergeschäfte, die bei der diesmaligen Verteilung Käse erhalten haben, sind durch ein Plakat im Schaufenster gekennzeichnet; die anderen Geschäfte werden bei der späteren Verteilung der Reihe nach berücksichtigt werden. Die Abgabe des Auslandskäses hat nach Nettogewicht zu erfolgen. Eine Einwiegung des Papiers ist unzulässig.

In der Stadt Berlin sind bei der Entnahme des Käses die Abschnitte 8 der vom Magistrat auf Grund der Verordnung vom 18. Oktober 1916 ausgegebenen Lebensmittelkarten abzugeben. In den anderen fünf Städten ergehen noch besondere Anweisungen der zuständigen Magistrats.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Freitag, den 10. November 1916.

Schellfische, Klein (bis 3/4 Pfund) 2,00 M., mittel (von 3/4 bis 1 Pfund) 2,20 M., großmittel (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 2,40 M., große (von 1 1/2 Pfund und mehr) 2,60 M.; Kabeljau, Klein (bis 1 1/2 Pfund) 1,90 M., mittel (von 1 1/2 bis 4 Pfund) 2,20 M., große (von 4 Pfund und mehr) 2,20 M., ohne Kopf (im Querschnitt) 3,00 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,25 M. (Zusatz sehr gering.)

Die königliche Eisenbahndirektion Berlin macht im Inseratenteil der heutigen Nummer bekannt, daß auf sämtlichen Bahnlinien des Direktionsbezirks Berlin am Sonnabend, den 11. d. M., Grachstücken nicht angenommen wird.

Postsendungen an Gefangene in Rumänien.

Berlin, 8. November. (W. Z. B.) Die Postanstalten nehmen jetzt auch Postsendungen an Kriegs- und Zivilgefangene in Rumänien zur Beförderung an. Postanweisungen sind in der Kronenwährung an das königlich schwedische Postamt Malmö I (Lissa) zu richten, der Empfänger ist auf der Rückseite des Anweisungsbahnscheins anzugeben. In Malmö werden diese Postanweisungen in schwedisch-rumänische Umschreibungen.

Verstorbene treiben in Friedrichsfelde seit einigen Tagen ihr Wesen. Wiederholt hat ein größeres Mädchen von ungefähr 14 Jahren kleinen Kindern das aus der Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft gekaufte Brot abgehohlet. Es gab den Kindern den Auftrag, das für eine Frau Brandt gekaufte Brot aus der Verkaufsstelle zu holen. Die Wäfler tun nun, den Kindern einzuschärfen, fremden Personen Waren oder Geld nicht auszuhandigen. Der Verlust ist in solchen Fällen ein doppelter. Das Geld ist verloren und Ersatz für Brot- und Lebensmittelkarten wird nicht geleistet.

Selbstmord eines Siebzehnjährigen. Gestern früh um 4 Uhr sprang der 17-jährige Arbeiter Otto Eckler gegenüber seinem Wohnhause Luisenufer 52. in den Luisenparkischen Kanal und ertrank. Die Leiche konnte halb darauf geborgen werden. Was den jungen Mann in den Tod getrieben hat, konnte nicht ermittelt werden.

Tödtlicher Eisenbahnunfall. Von einem Zuge der Brandenburgischen Städtebahn ist der Arbeiter Franz Walme überfahren und getötet worden. Er hatte Mittwoch früh auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte am Bahnübergang an der Brandenburgischen Chaussee den Bahnkörper überschritten und dabei das Fernrohr eines Zuges der Städtebahn nicht beachtet. Er wurde von der Maschine erfaßt, umgerissen und geriet unter die Räder, die über ihn hinweggingen. Er war sofort tot.

Herbstkonzert. Am Sonntag, den 12. November, abends 8 Uhr, veranstaltet der Sängerkhorus Wedding (W. Z. B. D. A. S. V.), Chormeister Friedr. Schmidt-Marilja, in dem „Germaniahaus“, Chausseestraße 110, ein Herbstkonzert. Eröffnung 8 Uhr. Programm und Liedertage 80 Bl. Die Karten sind zu haben bei den Mitgliedern und im Vereinslokal „Frachthaus des Nordens“, Gerichtstr. 31.

Kleine Nachrichten. In der vergangenen Nacht schnitten Kupferdiebe in der Wuhlfelde an dem Wege von Sobowa nach der Stadt Köpenick zwischen den Stangen 12 und 18 mit einer Länge 4 Bronseleitungen der Fernspretleitung ab und schleppten sie weg. Der gestohlene Draht ist 15 Millimeter stark und wiegt 31 Kilogramm. Die Diebe haben ihn wahrscheinlich mit einer Leine zusammengebunden. Ein Stück dieser Leine liegen sie am Tatort zurück. — Für 1500 Mark Pelzwaren erbeuteten Schaufenster-einbrecher in der vergangenen Nacht bei einem Kürschnermeister in Pankow, Steinmarberggarküchen und andere Sachen. — Einen empfindlichen Verlust erlitt eine Dame in einem hiesigen Gasthause. Sie besuchte dort den Bekleidungs- und legte dabei fünf goldene Ringe ab. Dann vergaß sie, sie wieder aufzufinden, und als sie sie bald darauf holen wollte, waren sie verschwunden. Die Ringe sind zusammen 2500 M. wert. Der eine hat eine Perle, zwei große Brillanten und fünf kleine Splitter, der zweite sieben Brillanten und sechs grüne Steine, der dritte neun kleine Brillanten, der vierte weiße und blaue Steine, der fünfte grüne und weiße. Mitteilungen über ihren Verbleib nimmt der 1. Kriminalbezirk beim Polizeibezirksamt am Mollenmarkt entgegen.

Aus den Gemeinden.

Nahrungsmittel-Bezugskarten für Haushaltungen in Charlottenburg.

Neben den roten Nahrungsmittelkarten, die an jeden Einwohner Charlottenburgs ausgegeben werden, gibt der Magistrat der Stadt Charlottenburg jetzt auch Bezugsmarken für Haushaltungen aus, die zu 6 Stück, unterschieden nach Buchstaben, zu einem Wogen bereinigt sind. Die Bezugsmarken sind in 4 Serien eingeteilt: I bis IV, jede Serie wieder in zwei Unterabteilungen a und b. Die Unterabteilungen a der vier Serien sind bestimmt für Haushaltungen mit 1-3 Personen, die Unterabteilungen b für größere Haushaltungen mit 4 und mehr Personen. Es erhält also jeder Haushalt mit 1-3 Personen je einen Wogen mit Ia oder IIa oder IIIa oder IVa, jeder Haushalt mit 4 und mehr Personen je einen Wogen mit Ib usw. Die Marken sind einzeln abtrennbar, so daß bei dem Einkauf immer nur eine Marke mitgenommen zu werden braucht. Dadurch wird verhindert, daß ganze Wogen verloren gehen. Ersatz für verloren gegangene Karten wird auf keinen Fall geleistet. Der Magistrat wird jedesmal bekannt machen, welche Serien und welche Abschnitte zur Einlösung gelangen.

Schul-Zahnpflege in Neukölln.

Die hohe Bedeutung einer guten Jugend auf beginnenden sachgemäßen Pflege der Zähne haben vor allem auch die im Felde beobachteten überaus zahlreichen Zahn- und Mundkrankheiten unserer Soldaten gezeigt. Immer größere Förderung erhalten daher die Bestrebungen des Volksausschusses Groß-Berlin für Zahnpflege in den Schulen hinsichtlich der mit bedeutendem Erfolge arbeitenden Schulzahnkliniken. Zur Deckung der durch die Unterhaltung der Neuköllner Klinik für das Jahr 1916/17 entstandenen Unkosten wurde von der Stadt Neukölln ein Zuschuß von 10 000 M. übernommen.

Der Besuch der Klinik ist nach wie vor ein überaus reger, und zwar insbesondere aus dem Grunde, weil die Behandlung von Kindern unbemittelter Eltern kostenlos erfolgt. Während des Krieges sind neben dem Direktor ein Assistenzarzt, eine Schwester und ein bis zwei Pflegerinnen in der Klinik tätig. Sie wurde im letzten Geschäftsjahr (1. 4. 15 bis 31. 3. 16) von zusammen 9080 Kindern besucht, darunter 802 mittelstaltig und 132 vorwärtsichtige Kinder gezählt wurden. Die stärkste Inanspruchnahme der Klinik wies der Monat Juni mit 1118 Patienten auf, während im August 585 als niedrigste Besuchsziffer zu verzeichnen war. In Verfolgung des Grundgesetzes, jedes Gebirg nach Möglichkeit lädlenlos zu erhalten, erstreckte sich die Mehrzahl aller ausgeführten Behandlungen auf Zahnfüllungen, nämlich 8141 bei insgesamt 13 933 Behandlungen. 7 Kinder mit Kieferentzündungen, Gaumengeschwüren u. dergl. wurden dem Direktor der Klinik Professor Dr. Ritter zwecks Operation übergeben.

Tegeel und die Vorfahrtwerke.

Der Abschluß des Vertrages mit der Firma Vorfahrt, auf Grund dessen die Aufhebung und Einziehung der Vorfahrtstraße und eines Teiles der Charlottenburger und Gabelhorster Straße erfolgen soll, und die hierzu von der Gemeinde zu stellenden Bedingungen beschlüssen noch einmal die Gemeindevertretung in einer recht umfangreichen Verhandlung, weil nach der ersten Beratung sich noch einige wesentliche Abänderungen nötig machten. Wir haben daraus hervor, daß, wie der Bürgermeister Stritte betonte, z. B. die Vorfahrtstraße, obwohl sie auch für die Nachbargemeinde Wittenau die hauptsächlichste Zugangstraße zum Tegeeler See bildet, bisher noch gar nicht als öffentliche Straße angeeignet werden konnte, weshalb auch ihre ordnungsmäßige Befestigung unterblieben war. Das zu verkehrsreiche Straßenland umficht in der Vorfahrtstraße 13 000, in der Gabelhorster Straße 2900, Charlottenburger Straße 2900, insgesamt 18 100 Quadratmeter. Der Verkaufspreis von 250 M. pro Rute gleich 448 000 M ist binnen einer Woche nach Vertragsabluß zu zahlen, die Auflösung erfolgt sofort nach Genehmigung des Vertrages durch die Behörden. Die Firma hat alle aus diesem Vertrage etwa ent springenden sonstigen Ansprüche kadlos zu lasten auch gegenüber dritten Personen. Außerdem sind noch 20 000 M. Entschädigung zu leisten an die Gemeinde für deren Vorkosten in gewissen Straßenstücken. Bei der Erörterung der nötigen Verlegung des sogenannten „Schwarzen Grabens“ (Klofen trägt die Firma Vorfahrt) kam auch zur Sprache, welche Umfragen von Wasseroffen wie Füllungen, Verg. Schmieröl usw. aus den Wittenauer Industriebetrieben mit in den Tegeeler See entführt werden, der dadurch stark verunreinigt wird. Die Gemeinde und die Hl. Wasserbauinspektion, die gemeinsame Prüfstellen machen, werden energigsten Protest einlegen. Die jetzt nur provisorische wie auch die spätere definitive Verlegung dieses Grabens wird auch dessen Abmessung hat die Firma auf Kosten der Gemeinde und nach deren Anweisungen zu bewirken, wobei gleich auf künftige größere Aufnahmefähigkeit Rücksicht zu nehmen sein wird. Ueber die fristige Verkaufslinie, die in der Berliner Straße bekanntlich stark vorliegt, wurde ein Einverständnis erzielt, desgleichen über einen weiteren Ausweg nach der Treßowstraße, über Verhinderung des ruhestörenden Fabriklärms in der Weißstraße, wodurch die dortigen großen Wohnhäuser stark beeinträchtigt werden in ihrem Werte, an dem doch die Gemeinde als Gläubigerin selbst interessiert ist; auch sollen die bei der Firma Beschäftigten mehr wie bisher zum Wohnen in Tegeel angehalten werden und noch manches andere. Nach langem Verhan ein, auch über eine Reihe Einwendungen einiger Gemeindevertreter, gelangte der Vertrag zur endgültigen Annahme. Ueber die Verwendung des Erlöses soll in späteren Sitzungen besonders entschieden werden. Damit ist in bezug auf den bisherigen Bebauungsplan Tegeels eine tiefentscheidende Entscheidung getroffen, und es bleibt abzuwarten, wie die Aufsichtsbehörden entscheiden über ein Projekt, das in seiner Verwirklichung das Verkehrsnetz noch mehr wie schon geschehen weiterhin berengert nach der Seite hin. — Von den sonstigen Verhandlungsgegenständen seien erwähnt die Bewilligung von 1000 M. für ein Sachverständigengutachten mit den nötigen Unterlagen zur Erweiterung des Wasserwerkes, da dieses an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist und auf Erweiterung Tegeels Rücksicht genommen werden müsse; auch für die Kläranlage wurden 200 M. bewilligt zur Befestigung des alten Sammelbrunnens, Erneuerung der Saugpumpe und massive Abdeckung der Abflusbeden, um deren unangenehme Ausdünstungen zu beseitigen. Der Tegeeler Kriegshilfe wurden 2500 M. Zuschuß gewährt, um die Anstellung einer zweiten Pfistkraft zu ermöglichen, nebst einigen anderen Einrichtungen, und dem Vaterländischen Frauenverein 500 M. Beihilfe zur Beschaffung von Einwegkleidern für bedürftige Kinder. Dem vom Berliner Magistrat angelegten Abkommen der Groß-Berliner Gemeinden betreffend ärztlicher Hilfe (sämlich der Wohnungsfürsorge) für die im Orte wohnenden Kriegsfamilien anderer Lieferungsverbände trat die Gemeindevertretung durch Beschluß bei. Auf Anregung der Feuerlöschgesellschaft soll eine Nachversicherung der der Gemeinde gehörenden Privathäuser erwogen werden, da bei einem eventuellen Schaden nur nach den alten niedrigen Sätzen Entschädigung gewährt werden könnte. Die Vertretung entschied sich nach längerer Beratung, für sämtliche Gemeindebaulichkeiten, auch Werke und Betriebe, zunächst auf ein Jahr diese Kriegsvorfahrtversicherung abzuschließen, sofern eine Ueberversicherung des betreffenden Objekts schon geschehen ist.

Gemeindevertretung in Nowawes.

Die in der Septembersitzung beschlossene Erhöhung der Unterstützung für teilweise oder gänzlich erwerbslos gewordene Textilarbeiter hat leider nicht die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gefunden. Der Regierungsratspräsident hat vielmehr unter Zugrundelegung von 60 Arbeitsstunden in der Woche folgende Erhöhung in Vorschlag gebracht: 10 Pf. für männliche und weibliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren, 15 Pf. für weibliche Arbeiter von 16 bis 21 Jahren, 18 Pf. für männliche Arbeiter von 16 bis 21 Jahren, 20 Pf. für weibliche Arbeiter über 21 Jahre und 27 Pf. für männliche Arbeiter über 21 Jahre. Für jedes Kind sollen wie bisher 3 Pf. für die Stunde hinzugegerechnet werden. Die Gemeindevertretung stimmte der Festlegung dieser Sätze mit Wirkung vom 1. November dieses Jahres zu. — Die Erweiterung des Punktes „Lebensmittelfürsorge“, der auf Antrag der 3. Abteilung auf die Tagesordnung gesetzt worden war, mußte bis zur nächsten Sitzung verschoben werden, doch wurde dem Genossen Dömer gestattet, seiner Meinung über einige besonders in die Erörterung getretene verwaltungsmäßige Mängel der Lebensmittelfürsorge Ausdruck zu geben. Er forderte das Verbot des Milchverkaufs auf der Straße, weil es vielen Kindern und Kranken nicht möglich sei, die ihnen zuteilende Milch zu erhalten. Die Beschaffung ärztlicher Mittel für Lebensmittel müsse verbilligt und vereinfacht werden. Unbedingt notwendig sei eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel, wobei auch der Konsumvermeidung genügende Berücksichtigung finden müßte. Die im Vorjahr beobachteten Zustände beim Kartoffelverkauf dürfen sich nicht wiederholen; besonders zu verurteilen sei aus sittlichen Gründen das lange Umherstreifen von Kindern zwischen den Erwachsenen. Auch einige Fälle besonders krassen Preiswunders von Lebensmittelgeschäften brachte Dömer vor und forderte schließliche Abhilfe der Mißstände, die bei der Ausgabe der Lebensmittelkarten im kleinen Rathhaus in der Lindenstraße zutage getreten sind. — Der Bürgermeister versprach, alles zu tun, um vorhandene Mängel zu beseitigen, und stellte eine befriedigende Regelung der Milchfrage in Aussicht. Eine Verantheiligung des Konsumvereins beim Bezug von Lebensmitteln sei nicht beabsichtigt gewesen. Die Ausgabe der Lebensmittelkarten werde nach Vermehrung der Verkaufsräume und des Personals sich leichter abwickeln lassen. Gemeindevertreter Philipp teilt mit, daß die Schwierigkeiten in der Kartoffelfürsorge als behoben gelten können. Die Gemeinde erhalte aus dem Kreise Weichseln 25 000 Zentner Kartoffeln, mit deren Abfuhr an die Vestelei bereits begonnen werden konnte. Dadurch werde voraussichtlich der Andrang in der Turnhalle ganz erheblich eingeschränkt und das lange

Warten der Käufer vermieden. In Zukunft könnten auch Frauen, die zu spät zur Turnhalle kämen, Kartoffeln ganz in der Nähe, bei Zed, erhalten, sogar Sonntag vormittags. Auf Anregung des Gemeindevorstehers mußte für kinderreiche Familien beim Kartoffelbezug notwendigerfalls Zahlungsfürsorge gewährt werden.

In den Verhandlungen in der Gemeindevertretung in Reinickendorf schreibt und die durch den Gemeindevorteiler Pinfus angegriffene Firma Kähler u. Co., daß lediglich eine andere im Interesse des Betriebes bessere Verwendung des Herrn Klamann die Ursache gewesen sei, die Entbindung des Herrn K. von seinem Posten als Beisitzer im Mietvereinigungsausschuss nicht zu bewilligen. Es sei falsch, anzunehmen, Herr K. sei von seinem Posten entbunden worden, weil er eine im Interesse der Allgemeinheit liegende Tätigkeit entwickelt habe. Eine Herabsetzung der Stellung des K. sei auch nicht erfolgt. Das Gegenteil sei vielmehr der Fall. Herr Klamann schreibt und ebenfalls, daß seine anderweitige Verwendung im Betriebe aus betriebstechnischen Gründen, und zwar mit seinem Einverständnis erfolgt sei.

Soziales.

Invalide Kriegsteilnehmer sind — nicht invalide!

Antisoziale Vorschriften der Reichsversicherungsordnung und der ihr folgenden Rechtsprechung von Versicherungsinstanzen haben wir häufig im Frieden besprechen müssen. Diese Unbillen treffen jetzt in starkem Maße Kriegsbekämpfte. Einen solchen von der Landesversicherungsanstalt und dem Oberversicherungsamt in Dresden entschiedenen Fall schildern wir nachstehend. Wird er endlich Anlaß zur Aenderung der gesetzlichen Vorschriften und der Zusammenfassung der Versicherungsinstanzen geben? Der 40jährige Gürtler Hermann stand seit dem fünften Mobilmachungstag im Feld. Am 4. Oktober 1915 erhielt er eine Granatsplitterverletzung. Diese machte die Amputation seines rechten Armes erforderlich. Sein Antrag auf Gewährung der Invalidenrente wurde von der Landesversicherungsanstalt abgelehnt und ihm (vom 3. April 1916 ab) nur Krankenrente gewährt, da nur vorübergehende Erwerbsunfähigkeit vorliege! Das Gutachten des behandelnden Militärarztes hat im Gegenzug hierzu dauernde Erwerbsunfähigkeit festgestellt. Der Kriegsbekämpfte legte Berufung ein. Er legte dar, seinen früheren Beruf könne er nie wieder aufnehmen. Er habe die Einarmigenkurse besucht und beschäftigt sich jetzt mit leichten schriftlichen Arbeiten. Er legte ein Urteil vor, das einem Lernenden in Bahren, der den linken Arm eingebüßt hat, die Invalidenrente zuerkannt hat. Das Oberversicherungsamt Dresden verworft jedoch die Berufung. Es nahm nur vorübergehende Erwerbsunfähigkeit an. Es betonte die Aussicht auf Besserung, es sei ja auch schon „eine gewisse Gewöhnung“ eingetreten! Der Vorliegende gab dem mit dem Eisenkreuz geschmückten Kriegsverletzten, der seiner Enttäuschung über diese Ansicht in denselben Worten Ausdruck verlieh, den Rat, bis an die letzte Instanz zu gehen. Wenn schon während des Krieges solche Urteile möglich sind — wie wird es erst nach Kriegsende den armen Kriegsbekämpften gehen? Der Sitz des Urteils der gesunden Rechtsempfinden verkehrenden Rechtsprechung ist das Gesetz selbst. Die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über den Begriff einer Invalidität von Arbeitern ist unhaltbar. Nach der Reichsversicherungsordnung liegt Invalidität eines Arbeiters noch nicht vor, wenn eine solche nach dem Gesetz über Versicherung Angestellter oder auch dem allgemeinen Sprachgebrauch vorliegt. Hier gilt es endlich zu ändern.

Aus aller Welt.

Bootskatastrophe auf der Weichsel. Ueber 120 Personen ertrunken.

Donnerstag, den 2. November, nachmittags um 5 Uhr, wurden, wie der „Dziennik Poznański“ meldet, wie gewöhnlich Einwohner der Stadt Kazimierz bei Lublin auf einer Fähre über die Weichsel gebracht, um gegen Abend in ihre Wohnungen zurückzukehren. Die Fähre war schon unweit des Ufers; der Führer wollte jedoch an den Wirbeln vorbeifahren, um einen zu starken Anprall zu verhindern, und fuhr deshalb einige Meter zurück. Als die Fähre in der Mitte war, drang plötzlich Wasser in die beiden Boote und die ganze Fähre ging unter. Zwanzig Personen wurden gerettet, während über 120 ihren Tod in den Fluten fanden. Vierzig Leichen wurden geborgen.

Ein „richtiggehender“ Millionär.

Wie aus New York berichtet wird, hat Louis W. Hill nun die Inventaranfrage des Vermögens seines Vaters James A. Hill, des ehemaligen Präsidenten der Great Northern Railway Co. beendet und es ist zutage getreten, daß das Vermögen bedeutend größer gewesen ist, als man anfänglich annahm. Anfangs schätzte man das Vermögen auf 40 000 000 Dollar, nun hat es sich herausgestellt, daß das Vermögen mehr als 52 999 000 Dollar beträgt. Man berechnet, daß die Erbschaftsteuer, die Louis W. Hill dem Staat entrichten muß, über 1 500 000 Dollar beträgt. Auffallend ist, daß der Eisenbahnkönig fast die Hälfte seines Vermögens in Bankaktien angelegt hat. Er hatte weiter für 1 500 000 Dollar auf die englische Kriegsanleihe gesetzt. Seine Kunstsammlung wird auf 1 000 000 Dollar taxiert. Der Rest seines Vermögens besteht größtenteils aus Bankaktien.

Selbstmord in der Kirche. Eine aufsehenerregende Tat beging in Wien der 23jährige verheiratete Fleischgehilfe Anton S. Nach einem Streit mit seiner Ehefrau begab er sich in Begleitung seines dreijährigen Knaben nach dem Stephansdom und ließ sich eine Kugel in die Brust. Der Schwerverletzte wurde ins Spital gebracht und der Knabe seiner Mutter wieder zugeführt. Der Gottesdienst mußte unterbrochen und die Kirche geschlossen werden.

Ein Ehepaar mit 56 Kindern. Ein Referat im Organe der Gesellschaft der Ärzte in Wien, der „Klinischen Wochenschrift“, betrifft den merkwürdigen Fall einer beobachteten übermäßigen Fruchtbarkeit. Der italienische Arzt Dissanis berichtet demzufolge, daß im Orte Paganò (Italien) eine erst 40jährige Frau ihrem Gatten, einem Landwirte, bereits 56 Kinder geboren habe. Es waren häufig Drillinge, mehrmals Vierlinge, einmal sogar Sechsklinge. Allerdings wurden von den Kindern nur einige lebend zur Welt gebracht. Ueberhaupt am Leben ist von allen 56 Kindern nur die erstgeborene Tochter geblieben, die aber aus lauter Angst vor einem ähnlichen Schicksal ins Kloster ging.

Speisewagen bei der Straßenbahn. Die Stadt Münster in Westfalen dürfte wohl die erste Stadt sein, die bei der Straßenbahn Speisewagen eingeführt hat. Man bedient sich ihrer dort, das in einer Großküche hergestellte Essen in zweckmäßiger Weise zu verteilen. Es wurden hierzu besondere Anhangswagen eingerichtet. Nach der „Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure“ sind in der Länge von dieser Wagen an Stelle der Sitzbänke vier Behälter, die je 20 Liter Speisen fassen, so aufgestellt, daß das Wageninnere durch die Reihe der Behälter in zwei Teile geteilt ist. Dadurch bleibt auf jeder Seite ein 1/2 Meter breiter Gang, der auf je eine Schiebetür der Stirnwand

ausmündet. Bei der Essenabgabe stehen die Verlesenen in dem einen Gang, während das Publikum, das beim Besteigen der einen Plattform Speisewagen erhält, den Wagen auf dem zweiten Gang durchquert, dabei die Speisen in Empfang nimmt und von der gegenüberliegenden Plattform den Wagen verläßt. In den Behältern bleiben die Speisen durch 24 Stunden warm. In Münster sind fünf derartige Wagen vorhanden, die nach bestimmten Ausgabestellen gefahren werden. Es wäre also wohl möglich, auch in anderen Orten von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. Diese Straßenbahn-Speisewagen würden in einer Zentralküche mit Speisen gefüllt und dann durch die Straßenbahn nach den verschiedenen Teilen der Stadt auf tote Gleise gebracht. Es würden sich so für jede Küche eine erhebliche Anzahl von Essenabgabestellen schaffen lassen, was nicht nur den Wirkungsbereich einer derartigen Küche bedeutend erhöht, sondern auch dem Publikum die Benutzung der Einrichtung sehr erleichtert.

Lebensmittelvergeudung. Wegen Verlaufs von 7500 (?) Zentner durch schlechte Lagerung verdorbenem Käse wurden vom Schöffengericht in Langzig der Käsefabrikant Wüthrich (Ebing) zu 1 500 M. und der Kaufmann Witting (Langfuhr) zu 1 000 M. Geldstrafe verurteilt. Käse ist jetzt ein so rareres Artikel, daß man noch eher ein Goldstück als einen Sechsertafe erblickt, und an anderer Stelle läßt man eine so große Menge davon verderben! Das sind wirklich nette Zustände.

Jugendveranstaltungen.

Neuföhrn-Preis. Sonntag, den 12. November, 6 1/2 Uhr, Ringbahnhof Kruftin: Großau, Hennigsdorf, Hohenstein, Lodenheim, Weinersdorf; 6 30 Uhr, Ringfeld. 6 57 Uhr, Edeleifer Bahnhof: Ortner, Seifke, Kildersdorf, Erentzke, Fiedersdorf; 9 00 Uhr, Anst. 9 1/2 Uhr, Sobbin, Ede Verker Straße: Treffpunkt zum Besuch des Aquariums am Zoo; 30 Pf. Anst.

Dienstag, den 14. November, 7 1/2 Uhr, Donaustr. 104: Vortrag über „Jugend und Arbeiter-Bewegung“. Gäste willkommen.

Donnerstag, den 16. November, 7 Uhr, im Heim, Donaustr. 104: Mädchenabend.

Abendmessen auf die „Arbeiter-Jugend“ werden auf allen Veranstaltungen entgegengenommen.

Jugendbildungsverein Schönberg. Freitag, den 10. November: Diskussionsabend im Wilmersdorfer Heim, Nannheimer Straße 51. — Sonntag, den 12. November: Besuch der Charlottenburger Ortsgruppe, Treffpunkt 3 1/2 Uhr. — Dienstag, den 14. November: Mädchenabend bei Frau Dr. Röcher, Tempelhofer Straße 21. — Mittwoch, den 15. November: Mitgliederversammlung bei Herrler, Königsberg 42.

Märkische Spiel-Vereinigung, Bezirk Groß-Berlin. Am Sonntag, den 12. November, finden folgende Spiele statt: Jahn-Oberpreussische XVII in Oberkrämer, Köpenicker Gaukler, Ritzsch-Juni-Wilmersdorf I in Johannishöhe, Vindobonastraße, Lindenstraße I — Oberer in Lindenstraße, Lindenstraße V — Adlerhof in Lindenstraße, Berlin I — Lindenstraße III in Berlin, Ritzsch XVI — Weihenste I in Reinickendorf, Mühl., Ede Thunerstraße, Wilmersdorf II — Ritzsch XIII in Wilmersdorf, Ritzsch VIII — Berlin II in Berlin, Hellenberger Straße 162 Ritzsch VII — Neuenhagen in Treptow, Köpenicker Landstraße. Der Spielbeginn ist 2 1/2 Uhr.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter zu Hamburg (H. a. G.), Filiale Baumhulsenweg. Den in Treptow wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 11. November, abends von 8 1/2 — 10 Uhr im Lokal von Bord, Eisenstr. 101, Ede Ritzschstraße, stattfindet.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist und werden Nr. 3 des 2. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Im den „Gleichheit“, — Nachrichten über die Kampfbewegung, von H. Solmann. — Aus der Bewegung: Eine Frauenorganisation für den Agitationsbezirk Dresden. — Politische Rundschau. — Notizen: Aus dem öffentlichen Leben. — Für den Arbeiter. — Frauenarbeit. — Dienstbotenfrage. — Soziale Fürsorge. — Frauenbewegung.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Wasser und Leben, von Alex. Ripphahn, I. — Seelenkult und Opferweien, II. von B. S. — Familien: Das Paradies, von Karin Andriens-Reß. Für unsere Kinder: Heidebild, Gedicht von Felice v. Ellencren. — Die Entstehung der Schrift, (Fortsetzung). — Lustige Diebstahlgeschichten aus der alten Zeit, von Johann Peter Hebel. — Der Knabe und der Hund, Rabel von D. S. — Des Felds Schatten, von Robert Reinick. — Auch ein Verein, Gedicht von Anstasius Grün.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 Mark.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 6. Heft vom 1. Band des 35. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Der „harte“ Kapitalismus, von Karl Reichsonni. — Die „Umkehr Depesche“ von 1914, Jahrbuch von französischen Sozialdemokraten, von Ernst Hellmann. — Handelspolitische Fragen, von Karl Emil (Fortsetzung). — Geldwert der Reichsrenten, von August Rai. — Väterliche Ruchschau: vom Neureis, Vaterland und Proletariat, von Ed. Bernheim.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporturen zum Preise von 3,00 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pfennig. Probeummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 23. Nummer des 33. Jahrganges erschienen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probeummern sind jederzeit durch den Verlag A. D. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Stundenr. S. 77, 604 rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Entwurf ist ein Ausdruck und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Persönliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen bringt man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringen wir in die Sprechstunde mit.

N. S. 65. Es ist wegen der Pafete können Sie nicht verlangen. Bei der Unterzeichnung des von Ihnen eingesetzten Geldes in französische Pfünze kommen nach unserem Geldwert 8,25 Pf. heraus. — N. S. 17. Zeitig untauglich wegen Erkrankung des Hres. — C. W. Das können wir nicht wissen, das liegt in der Romanogenese des Hres. — J. S. 23. Es handelt sich um Rahnensucht. Diese wird, wenn sie im Felde begangen ist, nach dem Militärstrafgesetzbuch mit dem Tode bestraft. — G. S. 100. Wenn der Hres nicht imhabe ist, den Mangel abzustellen, müssen Sie beim Amtsgericht auf Lösung des Mietvertrages klagen. — Hypothek. Sie möchten am Rückzahlungsstage die Hypothek auszahlen. Die Bank ist nicht verpflichtet, die Hypothek zu den bisherigen Bedingungen weiter stehen zu lassen. — 25. Haupt. 1. Kein. 2. Sie können Anspruch auf das höhere Gehalt mit Erfolg nicht geltend machen. 3. und 4. Eine Klage scheint uns aussichtslos. 5. Der Anspruch wäre nach Kriegsbekämpfung auch noch zu erheben. 6. Da die Klage nicht schriftlich und jedenfalls auch nicht unter Zeugen erfolgt ist, so hätten Sie keine Beweismittel und infolgedessen auch keine Aussicht auf gerichtliche Verurteilung. — G. W. 77. Kein. — Neuföhrn 77. Kündigung der Wohnung kann zu dem im Mietvertrag festgesetzten Termin erfolgen. Ermitteln kann erst nach erfolgter Verurteilung durch das Gericht geschehen; da der Mann im Felde steht, kann das Gericht aber die Verurteilung zur Klärung nicht aussprechen. — N. S. 336. Kein, es sei denn, daß Sie durch Nachunterstützung für selbstständig erachtet werden. — J. S. 40. Unterstützung wird nur gewährt, wenn die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit vorhanden ist, die in einem solchen Falle meistens vorliegt. — E. S. 93. Kein. — 1916. 1. Sie hätten sich mit dieser Forderung direkt an die Vermögensverwaltung wenden sollen. 2. Die Quittungsformulare müssten Ihnen ausgeben werden; wenden Sie sich an die Vermögensverwaltung. 3. Kein, das ist ehrenamtliche Verpflichtung des Vormundes. 4. Tagungen werden Sie mit Erfolg nicht unternehmen können. 5. Die Beiträge für Kranken-, Invaliden-, Feuer- und Lebensversicherung. 6. Nur mit dessen Einverständnis. — C. S. 17. In zwei Jahren mindestens 20 Marken. Zum Bezug der Altersrente müssen Sie 1200 Marken nachweisen. Invalidenrente zu beziehen, wären Sie schon berechtigt, da Sie weit über 200 Marken pfehle haben. — J. S. 3. Krampfkrampf; Landkrampf. — N. S. Sie können Arbeit annehmen und auch Anspruch auf Rente erheben.